

11. Juli 2018

# **Stellungnahme des Senats**

## **Strategische Erweiterung des Leibniz-Instituts Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin zur Stärkung der Finanzmarktfor- schung in Deutschland**

Vorbemerkung .....	2
1. Strategischer Nutzen .....	2
2. Institutionelle Passfähigkeit .....	4
3. Bewertung .....	5

### Anlagen:

- Bericht der Leibniz-Kommission
- Darstellung

## Vorbemerkung

Die Leibniz-Gemeinschaft wurde durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) im September 2017 gebeten, eine Stellungnahme zum geplanten strategischen Erweiterungsvorhaben am Leibniz-Institut Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) abzugeben.

Die Leibniz-Gemeinschaft hat dabei auf Bitten der GWK zwei thematisch mit dem Vorhaben am DIW verbundene Vorhaben – eine mögliche Aufnahme des Forschungszentrums „Sustainable Architecture for Finance in Europe“ (SAFE) und ein Erweiterungsvorhaben am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sowie ein die Vorhaben verbindendes Netzwerkkonzept „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ – in einem Verfahren behandelt. Dafür hat der Präsident eine gemeinsame Kommission für alle Vorhaben eingesetzt. Gleichwohl war die Leibniz-Gemeinschaft gebeten, separate Stellungnahmen zu den Vorhaben zu erstellen.

Der Senatsausschuss Strategische Vorhaben (SAS) hat für den Senat die Stellungnahmen zum strategischen Nutzen und der institutionellen Passfähigkeit der Vorhaben vorbereitet.

Grundlagen der Beratungen des SAS in seiner Sitzung 1-2018 am 18. Juni 2018 für das Vorhaben am DIW waren:

- Ein schriftlicher Bericht der Leibniz-Kommission, die alle Vorhaben am Standort von SAFE in Frankfurt/Main am 26. und 27. Februar 2018 begutachtet hat. Der Kommissionsbericht wurde dem SAS in seiner Sitzung durch Mitglieder der Kommission vorgestellt.
- Eine schriftliche Darstellung des DIW zum Erweiterungsvorhaben.

Der Senat hat in seiner 55. Sitzung am 11. Juli 2018 den Bericht der Leibniz-Kommission zur geplanten DIW-Erweiterung zur Kenntnis genommen und über die geplante Erweiterung des DIW beraten.

Der Senat gibt die folgende Stellungnahme ab:

## 1. Strategischer Nutzen

### Inhaltliche Passung

Der **programmatische Schwerpunkt** der geplanten Erweiterung am DIW liegt in der Analyse der Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und der Realwirtschaft. Diese Stärkung des makroökonomischen Bereiches am Institut soll durch die geplante Einrichtung einer neuen Abteilung „Macro Finance“ erfolgen, die neben die bestehenden neun Abteilungen am DIW treten und im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ verortet sein soll. Darüber hinaus soll durch ein clusterübergreifendes Themenfeld „Consumer Finance“ mit den drei Themen „Household Finance“, „Green Finance“ und „Digitalisierung“ die mikroökonomische Perspektive gestärkt werden. Dabei sollten aus Sicht des Senats auch verhaltenstheoretische Ansätze (Behavioral Economics) Berücksichtigung finden. Das Erweiterungsvorhaben zielt darauf ab, das **Alleinstellungsmerkmal** des DIW mit seiner Perspektive auf Verbraucher und Verteilungseffekte sowie in der Verknüpfung von makro- und mikroökonomischen Ansätzen zu stärken.

Die **Interdisziplinarität der Themenstellung** spiegelt sich organisatorisch in der clusterübergreifenden Einbettung der Themenfelder und dem vorgesehenen Zusammenwirken unterschiedlicher ökonomischer Disziplinen sowie den Sozialwissenschaften und der Integration verhaltensökonomischer Ansätze wider.

Auch angesichts der Finanzmarktkrise und ihrer noch immer spürbaren realwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen ist die Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland, die Symptome, Ursachen und Handlungsoptionen identifizieren kann, von hoher **Relevanz**. Die Forschung am DIW kann – insbesondere gemeinsam mit den Partnern des Netzwerks – zu einem vertieften Verständnis des Funktionierens von Finanzmärkten beitragen und so einen Beitrag zu ihrer angemessenen Regulierung leisten. Dabei ist das Vorhaben am DIW nach Auffassung des Senats auch in der separaten Betrachtung tragfähig.

Im **nationalen und internationalen wissenschaftlichen Umfeld** könnten durch das Vorhaben neue wichtige Impulse gesetzt werden. Die drei verbundenen Vorhaben – SAFE sowie die geplanten Erweiterungen an DIW und IWH – haben in Verbindung mit dem Netzwerkkonzept das Potential, einen neuen Kern für eine langfristig orientierte deutsche und europäische Finanzmarktforschung zu bilden.

Eine **Förderung** des Vorhabens **außerhalb der Hochschule** liegt in der Langfristigkeit des Programms, dem besonderen Anspruch an forschungsbasierter Beratung sowie der notwendigen Verbindung verschiedener Disziplinen begründet, die an einer Universität schwerer zu realisieren wären.

Das Vorhaben weist eine sehr hohe **Passung zu bestehenden Schwerpunkten innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft** und im speziellen zur Sektion B – Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften auf und könnte hier insbesondere den Themenbereich „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, funktionstüchtige Märkte und Institutionen“ stärken. Daneben könnten weitere Anknüpfungspunkte zu anderen Sektionen – etwa der Klimaforschung bzw. Klimafolgenforschung der Sektion E – Umweltwissenschaften – entwickelt werden.

Mit dem Erweiterungsvorhaben entstehen zum Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ weitere thematische Anknüpfungspunkte, in dem die Befassung mit Wirtschafts- und Finanzkrisen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das DIW beteiligt sich schon jetzt aktiv in diesem Leibniz-Forschungsverbund.

Durch eine Realisierung des Vorhabens und die Kooperation im Rahmen des geplanten Netzwerks ergibt sich das Potenzial, das Forschungsportfolio der Leibniz-Gemeinschaft nachhaltig und in sehr guter Weise strategisch zu ergänzen und zu stärken.

### **Bedeutung für strategische Ziele der Leibniz-Gemeinschaft**

Am DIW ist **Internationalität** gelebte Praxis; das Institut hat eine hohe Sichtbarkeit in Europa und darüber hinaus. Auch das Erweiterungsvorhaben verspricht eine hohe Anziehungskraft für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu haben.

Das Vorhaben wird die äußerst enge und stabile **Hochschulkooperation**, insbesondere mit den drei Berliner Hochschulen und der Universität Potsdam, weiter festigen. So sind im Rahmen des Erweiterungsvorhabens vier gemeinsame Berufungen vorgesehen.

Das DIW ist in der Förderung **junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler** sehr stark engagiert. Hervorzuheben ist das vom DIW organisierte Promotionsprogramm DIW Graduate Center, das eng mit dem Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science (BDPEMS) zusammenarbeitet, das von den Berliner Universitäten organisiert wird. Hinsichtlich der Postdoc-Phase besteht das Programm „Berlin Economics Research Associates“ (BERA). Die Doktoranden- und Postdoc-Programme haben eine hohe Anziehungskraft auch für internationale Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Der Senat begrüßt, dass über das geplante Netzwerk die bestehenden Kooperationen zwischen den Partnern im Graduiertenbereich weiter verstärkt werden sollen, wobei diese Planungen nun konkretisiert werden müssen.

Der Frauenanteil unter dem wissenschaftlichen Personal beträgt knapp 38 %, beim wissenschaftlichen Personal mit Leitungsaufgaben 24 %. Auf der Ebene der Abteilungsleitungen gibt es lediglich zwei Frauen. Das DIW hat sich zum Ziel gesetzt, die Stellen auf allen Ebenen bis 2025 paritätisch zu besetzen. Der Senat begrüßt, dass das DIW im Rahmen des Erweiterungsvorhabens eine aktive Rekrutierungspolitik verfolgt, um die gesetzten **Gleichstellungsziele** zu erreichen. Das DIW ist seit 2011 im Rahmen des Audit berufundfamilie zertifiziert. Darüber hinaus bemüht sich das DIW laufend, die Themen Gleichstellung und **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** in allen Gremien im Institut zu thematisieren.

Das DIW verfügt über eine überzeugende **Open Access-Policy** und ist – nicht zuletzt durch das SOEP – auch mit Fragen von Open Data befasst und bekennt sich zu den FAIR-Prinzipien für Forschungsdaten (-infrastrukturen). Diese Prinzipien und Maßnahmen sind in die Arbeitspraxis des DIW integriert und sollen auch auf das Erweiterungsvorhaben angewendet werden.

## 2. Institutionelle Passfähigkeit

### Governance

Die bewährte interne **Organisation** des DIW soll im Zuge des Erweiterungsvorhabens keine Änderung erfahren. Der Vorstand des DIW besteht aus dem Präsidenten, einem weiteren wissenschaftlichen Vorstandsmitglied sowie der Geschäftsführung. Die wissenschaftliche und kaufmännische Leitung sind dabei klar getrennt.

Der Prozess der **strategischen Arbeitsplanung**, der zur Konzeption der geplanten Erweiterung geführt hat und in den auch der Wissenschaftliche Beirat angemessen eingebunden war, ist überzeugend dargestellt.

Das Institut verfügt als Institut der Leibniz-Gemeinschaft über ein Programmbudget und eine Kosten-Leistungsrechnung.

Das DIW verfügt als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft über die üblichen externen Gremien Wissenschaftlicher Beirat und Aufsichtsrat. Damit sind die in der Leibniz-Gemeinschaft üblichen **Gremien** etabliert, deren Struktur im Rahmen des Erweiterungsvorhabens keine Änderung erfahren soll.

Das DIW sollte seiner Mitgliedschaft in der Leibniz-Gemeinschaft in angemessener Art und Weise auch in seinem Namen Ausdruck verleihen.

### **Ausstattung und Personal**

Die vorgesehene **finanzielle Ausstattung** für die strategische Erweiterung erscheint auskömmlich und angemessen. Die Kosten in Höhe von 120 T€ p. a., die durch das DIW für Aktivitäten im Rahmen des Netzwerkkonzepts zu tragen wären, müssten ebenfalls aus den für das Vorhaben vorgesehenen Mitteln erbracht werden.

Der vorgesehene **Personallumfang** und dessen Struktur sind für die Erfüllung des Programms des Erweiterungsvorhabens angemessen. Die Verfahren für Stellenbesetzungen entsprechen den üblichen Verfahren.

Die Planungen für die **räumliche Ausstattung** des Erweiterungsvorhabens sind angemessen. Für entstehende Mietkosten, die im Zuge der Erweiterung zusätzlich entstehen, sollte eine Lösung gefunden werden, die das Budget des DIW nicht belastet.

Der Senat empfiehlt, dem Institut die Spielräume des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vollständig zu erschließen.

### **Qualitätssichernde Maßnahmen**

Eine umfassende und angemessene **Qualitätssicherung der Forschung** ist im Rahmen des Vorhabens vorgesehen. Am DIW erfolgt die interne Qualitätssicherung über eine Reihe von Managementprozessen, die auch klare Regelungen für Entfristungskriterien bezogen auf die wissenschaftlichen Publikationen sowie Zielvorgaben zum Wissenstransfer beinhalten. Zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis gibt es am DIW zwei Ombudspersonen. Diese etablierten Mechanismen sollen auch im Rahmen des Erweiterungsvorhabens Anwendung finden.

## **3. Bewertung**

Der Senat gibt die folgende Bewertung ab:

Der Senat erachtet den strategischen Nutzen der Erweiterung des DIW für die Leibniz-Gemeinschaft als sehr gut.

Der Senat erachtet die institutionelle Passfähigkeit des Vorhabens als sehr gut.

Das Vorhaben wird durch den Senat als insgesamt sehr gut bewertet.

## Bericht der Leibniz-Kommission

# Strategische Erweiterung des Leibniz-Instituts Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin zur Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland

29. Mai 2018

<b>Ausgangslage</b> .....	<b>2</b>
<b>Vorbemerkung</b> .....	<b>4</b>
<b>1. Strategischer Nutzen</b> .....	<b>4</b>
1.1 Programmatischer Schwerpunkt.....	4
1.2 Positionierung im nationalen und internationalen wissenschaftlichen Umfeld.....	6
1.3 Inhaltliche Passung zu den Schwerpunktthemen der Leibniz-Gemeinschaft.....	7
1.4 Kooperationen mit Leibniz-Einrichtungen.....	8
1.5 Arbeitsergebnisse .....	8
1.6 Bedeutung für strategische Ziele der Leibniz-Gemeinschaft .....	9
1.6.1 Internationalisierung.....	9
1.6.2 Kooperationen mit den Hochschulen.....	9
1.6.3 Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.....	10
1.6.4 Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	10
1.6.5 Open Access .....	11
<b>2. Institutionelle Passfähigkeit</b> .....	<b>11</b>
2.1 Governance .....	11
2.1.1 Organisation und Rechtsform .....	11
2.1.2 Gremien .....	11
2.2 Ausstattung und Personal.....	12
2.2.1 Ausstattung.....	12
2.2.2 Personal.....	12
2.3 Qualitätssichernde Maßnahmen .....	13

## Ausgangslage

Die Leibniz-Gemeinschaft wurde durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) im September 2017 gebeten, eine Stellungnahme zur geplanten großen strategischen Erweiterungsmaßnahme „Strategische Erweiterung zur Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) abzugeben. In diesem Verfahren bewertet die Leibniz-Gemeinschaft den zu erwartenden strategischen Nutzen für die Leibniz-Gemeinschaft und die institutionelle Passfähigkeit von Vorhaben.

In einem gemeinsamen Verfahren und anhand der gleichen Kriterien ist die Leibniz-Gemeinschaft durch die GWK gebeten, zu einer möglichen Aufnahme des LOEWE-Zentrums „Sustainable Architecture for Finance in Europe“ (SAFE), Frankfurt/Main, zu einem großen strategischen Erweiterungsvorhaben am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sowie zu einem diese Anträge verbindenden Netzwerkkonzept Stellung zu nehmen.

Zur Vorbereitung dieser Stellungnahmen des Senats hat der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft im Benehmen mit demjenigen Sektionssprecher, in dessen Sektion die Vorhaben angesiedelt sein würden, eine Leibniz-Kommission eingesetzt.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft hat die folgenden Personen zu Mitgliedern der Leibniz-Kommission berufen:

Vorsitz	Ulrich Bathmann, Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW)
Ko-Vorsitz	Sebastian Lentz, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig
Weitere Mitglieder	Thomas Gehrig, Universität Wien Ottmar Edenhofer, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) Sonja Peterson, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel Zeno Enders, Universität Heidelberg Thomas K. Bauer, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen Andreas Stephan, Universität Jonköping
Vertreter aus dem Kreis der administrativen Leitungen	Jürgen Bethke, Leibniz-Institut für Analytische Wissenschaften (ISAS), Dortmund Jost Henze, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim

Der hier vorgelegte Bericht gibt die Einschätzung der Leibniz-Kommission hinsichtlich der geplanten Erweiterung des DIW wieder. Das Meinungsbild der Kommission beruht auf der schriftlichen Darstellung des Instituts sowie auf einem Informationsbesuch der Leibniz-Kommission am 26. und 27. Februar 2018 in Frankfurt/Main am Standort des LOEWE-Zentrums SAFE.

Im Rahmen des Besuchs haben Vertreterinnen und Vertreter der Leibniz-Kommission Gespräche mit den folgenden Vertreterinnen und Vertretern von Kooperationspartnern, Zuwendungsgebern und Wissenschaftlichem Beirat des DIW geführt:

Kooperationspartner	Claudia Lambert, Europäische Zentralbank Georg Weizsäcker, Humboldt-Universität zu Berlin Lars Winkelmann, Freie Universität Berlin
Zuwendungsgeber	Jutta Koch-Unterseher, Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung, Berlin Philipp Steinberg, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Wissenschaftlicher Beirat	Veronika Grimm, Friedrich-Alexander-Universität Erlan- gen-Nürnberg

## **Vorbemerkung**

Die Leibniz-Kommission ist zu der Auffassung gelangt, dass durch das Zusammenwirken der drei zu bewertenden Vorhaben SAFE, DIW und IWH und das vorgesehene Netzwerk Kompetenzen im Bereich der Finanzmarktforschung sinnvoll gebündelt werden. Die beteiligten Institute verfügen über eine jeweils spezifische und insofern komplementäre Perspektive auf die Finanzmärkte, die sich aus deren gegenwärtigen Missionen ergibt. Die Finanzmarktforschung in Deutschland könnte nach Auffassung der Leibniz-Kommission mit diesen vier Elementen sinnvoll aufgestellt und institutionell abgesichert erheblich gestärkt werden.

Das geplante Netzwerk muss dazu systematisch und mit einer gewissen Verbindlichkeit genutzt werden, um die Schnittstellen der Forschung zwischen den Mitgliedern zu definieren, gemeinsame Projekte zu initiieren und diejenigen Bereiche zu identifizieren, in denen die Partner ähnliche Themen in wettbewerblicher Kooperation bearbeiten. Die Kommission begrüßt die Offenheit der „Kernpartner“ SAFE, DIW und IWH für eine Öffnung des Netzwerks für weitere universitäre und außeruniversitäre Partner und darüber hinaus.

## **1. Strategischer Nutzen**

### **1.1 Programmatischer Schwerpunkt**

#### **Auftrag und Forschungsprogramm**

Der satzungsmäßige Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist es, „wissenschaftliche Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion und Beratung in wirtschaftlichen Fragestellungen, zur Weiterbildung sowie zur Wissensvermittlung in der interessierten Öffentlichkeit“ zu leisten. Es betreibt unabhängige Forschung und wissenschaftsbasierte Beratung mit einem Fokus auf die drei Themenbereiche „Deutschland in Europa“, „Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit“ sowie „Lebensqualität und Verteilung“. Das DIW verfügt gegenwärtig über neun Forschungsabteilungen (plus das Sozio-oekonomische Panel [SOEP]), die jeweils einem der vier Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“, „Nachhaltigkeit“, „Industrieökonomie“ und „Öffentliche Finanzen und Lebenslagen“ zugeordnet sind. Durch das am DIW angesiedelte SOEP werden Individualdaten im Zeitverlauf bezüglich Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit gesammelt und für die Forschung bereitgestellt.

Das DIW bringt in die Finanzmarktforschung seinen besonderen Analysefokus aus der Perspektive des Individuums, die Verknüpfung von mikro- und makroökonomischen Aspekten sowie das besondere Interesse an Verteilungseffekten ein. Das Erweiterungsvorhaben soll dabei – basierend auf den Evaluierungsempfehlungen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft aus dem Jahr 2012 – die makroökonomische Forschung am DIW durch die Einrichtung einer neuen Abteilung „Macro Finance“ im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ stärken. Gleichzeitig soll in einem zu schaffenden clusterübergreifenden Themenfeld „Consumer Finance“ die mikroökonomische Perspektive gestärkt werden.

Das Ziel der geplanten Abteilung „Macro Finance“ soll es sein, die Rolle von Finanzmärkten für die Realwirtschaft zu analysieren und die Interaktionen zwischen beiden Bereichen zu erforschen. Der Fokus liegt dabei auf vier spezifischen – teils interdisziplinär angelegten – Themenfeldern: (1) auf der Analyse der Integration von Finanzmärkten und -institutionen in Europa durch die

Banken- und Kapitalmarktunion, (2) auf der Identifikation von systemischen Risiken zur Finanzstabilität, (3) auf den Ausbau makroökonomischer Modelle unter Einbeziehung von Finanzmärkten und Verteilungsaspekten sowie (4) auf der Interaktion zwischen Geldpolitik und Finanzstabilität in Europa. Schließlich ist ein weiterer Aspekt die Erkennung von Preisverzerrung auf Vermögenmärkten und damit einhergehende oder folgende makroökonomische Ungleichgewichte und Krisen.

Das alle vier Cluster des DIW verbindende neue Themenfeld „Consumer Finance“ soll die verbraucherorientierte Finanzmarktforschung stärken, indem mikroökonomische Anknüpfungspunkte und die systematische Analyse von Finanzmarktaspekten vor allem für Verbraucher und Unternehmen ausgebaut und gestärkt werden. Dazu soll jeweils eine S-Professur in den drei Themen „Household Finance“, „Green Finance“ und „Digitalisierung“ eingerichtet werden:

- Das Thema „Household Finance“ soll schwerpunktmäßig die Wirkung und Absicherung von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken für private Haushalte untersuchen.
- Das Thema „Green Finance“ soll die Investitionsrisiken untersuchen, die durch die Energie- und Klimapolitik für Investoren entstehen.
- Das Thema „Digitalisierung“ soll Fragen zu Effekten der Investitionen in digitale Infrastrukturen und Entrepreneurships auf sozioökonomische Aktivitäten, insbesondere die Finanzierung und Regulierung der Breitbandinfrastruktur, untersuchen.

Organisatorisch ist das Thema „Household Finance“ in der Abteilung „Staat“ im Cluster „Öffentliche Finanzen und Lebenslagen“ angesiedelt, wobei eine enge Kooperation mit der Abteilung „Weltwirtschaft“ im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ angestrebt wird. Das Thema „Green Finance“ soll in der Abteilung „Klimapolitik“ im Cluster „Nachhaltigkeit“ angesiedelt werden und das Thema „Digitalisierung“ in die beiden bestehenden Abteilungen „Unternehmen und Märkte“ sowie „Wettbewerb und Verbraucher“ im Cluster „Industrieökonomie“ eingebettet sein.

Nach Auffassung der Leibniz-Kommission hat das Vorhaben mit der beantragten neuen Abteilung und dem Themenfeld „Consumer Finance“ das Potential, das DIW deutlich zu stärken. Die Wahl und inhaltliche Ausgestaltung der thematischen Themenfelder des Vorhabens sind sorgfältig durchdacht und verhalten sich schlüssig und kohärent zum bestehenden Forschungsprogramm.

Das Vorhaben greift aktuelle Forschungsfragen auf, die sich durch den tiefgreifenden Wandel regulatorischer und institutioneller Rahmensetzungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft neu für die Finanzmarktforschung stellen und bisher noch unzureichend erforscht sind. Dies betrifft beispielsweise Veränderungen im Kontext der europäischen Finanzmarktpolitik, der Digitalisierung, der Veränderungen am Arbeitsmarkt, klimabedingter Investitionsrisiken oder neuer Bankenmodelle und Dienstleistungen im Finanzsektor (z. B. Zahlungsdienste). Hierbei bauen die zukünftigen Arbeiten angemessen auf laufende oder jüngst abgeschlossene Vorarbeiten – etwa in Verbundprojekten wie beispielsweise einem durch den Leibniz-Wettbewerb geförderten Projekt „European capital markets and macroeconomic stability: The role of equity and debt“ oder des Leibniz-Forschungsverbundes „Krisen in einer globalisierten Welt“ – auf. Die Überlegungen des DIW haben aus Sicht der Leibniz-Kommission das Potential, die vom DIW angestrebten Beiträge zu einer verbesserten internationalen Risikoteilung, für ein strukturelles Lebenszyklusmodell oder eine verbesserte Konjunkturprognose zu leisten.

Nach Auffassung der Kommission ist auch das Konzept für die Einbindung des Vorhabens in die gegenwärtige Organisation der Forschung am DIW überzeugend: Die neue Abteilung „Macro Finance“ würde eng mit der bestehenden Abteilung „Makroökonomie“ zusammenarbeiten und von

ihrer Expertise profitieren. Ähnliches gilt für die Einbettung der einzelnen Bereiche des Themenfeldes "Consumer Finance" in die bestehenden Abteilungen. Die jeweilige inhaltliche Passung wirkt schlüssig und die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit dürfte vom Themenfeld gestärkt werden. Eine verstärkte Förderung dieser Zusammenarbeit ist dabei zu begrüßen.

Die Kommission erkennt an, dass das DIW bereits in den letzten Jahren – insbesondere unter der gegenwärtigen Präsidentschaft – vorausschauend programmatische und strukturelle Justierungen im Rahmen der verfügbaren Ressourcen vorgenommen hat, so dass die Themenfelder, die nun mit der Erweiterung beantragt werden, konsistent und nachhaltig mit verlässlichen Sicherheiten und langfristigen Perspektiven umgesetzt und ausgebaut werden können.

Nach Auffassung der Kommission ist das Vorhaben am DIW auch in der separaten Betrachtung tragfähig. Die Realisierung der beiden verbundenen Vorhaben SAFE und am IWH und des Netzwerkkonzepts könnte das Vorhaben darüber hinaus insofern stärken, als etwa Kooperationspotentiale systematischer erschlossen werden könnten.

Die Umsetzung des Vorhabens könnte nach Auffassung der Kommission dazu beitragen, dem Satzungsauftrag des DIW noch besser in der Weise nachzukommen, Gesellschaft und Politik in wirtschaftlichen Fragestellungen umfassender zu beraten; das Verhältnis von Forschung und Wissensvermittlung wird dabei durch das Erweiterungsvorhaben nicht grundsätzlich verändert.

### **Relevanz**

Nach Auffassung der Kommission ist das Vorhaben, die Finanzmarktforschung in Deutschland zu stärken, von hoher Relevanz. Die Finanzmarktkrise und ihre realwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen lassen keinen Zweifel an dem Bedarf für eine fundierte wirtschaftswissenschaftliche Forschung, die Symptome, Ursachen und Handlungsoptionen identifizieren kann. Aus Sicht der Kommission ist das Vorhaben des DIW – insbesondere gemeinsam mit den Partnern des Netzwerks – geeignet, zu einem vertieften Verständnis des Funktionierens von Finanzmärkten und ihren Auswirkungen auf individuelle Haushalte beizutragen und so einen Beitrag zur angemessenen Regulierung dieser Märkte zu leisten.

## **1.2 Positionierung im nationalen und internationalen wissenschaftlichen Umfeld**

### **Nationales und internationales Umfeld**

In Deutschland erfolgt die Forschung zu Finanzmärkten an einer Reihe von universitären und außeruniversitären Standorten. Allerdings sind die Forschungseinheiten an den Universitäten, etwa im Gegensatz zum angelsächsischen Raum, viel zu klein, um systematisch Marktentwicklungen zu begleiten und kritisch zu kommentieren. Eine nachhaltige Forschung und Politikberatung erfordert deutlich größere Agglomerationen von Expertinnen und Experten. Die Kommission ist sich einig, dass die Vorhaben SAFE, DIW und IWH und das Netzwerkkonzept das Potential haben, einen neuen Kern für eine langfristig orientierte deutsche und europäische Finanzmarktforschung zu bilden.

Das am DIW angesiedelte SOEP ist eine in Deutschland und weit darüber hinaus einzigartige wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsdaten-Infrastruktur, die die Rohdaten für viele andere Folgenutzungen bereitstellt. Durch das SOEP und darüber hinaus kann die Verknüpfung von mikroökonomischen und makroökonomischen Aspekten sowie die Analyse von Verteilungseffekten als Alleinstellungsmerkmal des DIW bezeichnet werden. Das Erweiterungsvorhaben hat nach Auffassung der Kommission das Potential, neue Impulse zu setzen. Ein Beispiel hierfür sind

die im Rahmen der Erweiterung geplanten methodologischen Ansätze zur Verbesserung der Konjunkturprognose-Modelle – etwa auf der Basis von agentenbasierten Modellen – um den komplexen Wechselwirkungen zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung und makroökonomischer Entwicklung stärker Rechnung tragen zu können.

### **Kooperationspartner und Forschungsk Kooperationen**

Nach Auffassung der Kommission ist das DIW hervorragend vernetzt, sowohl mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern; besonders intensiv ist dabei die Kooperation mit der Berlin-Brandenburger Forschungslandschaft – allen voran mit den vier Universitäten und dem Leibniz-Institut Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), aber auch mit privaten Trägern (z. B. der Hertie-School und European School of Management and Technology Berlin). Die Kooperation umfasst alle Bereiche der Zusammenarbeit von der Forschung, Lehre, Ausbildung bis hin zur Beratung. Insbesondere bei der Ausbildung junger Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler kooperiert das DIW eng mit den Hochschulen (vgl. Abschnitt 1.6.2). Zu dem beantragten Themenfeld Digitalisierung kooperieren beispielsweise die oben genannten Institutionen unter Federführung des DIW eng miteinander in dem interdisziplinären Leibniz-WissenschaftsCampus „Berlin Centre for Consumer Policies“. Das Erweiterungsvorhaben soll dafür genutzt werden, um die Kooperationen mit internationalen Institutionen – etwa mit der Purdue University, dem IFS London oder der London School of Economics – im Themenfeld Digitalisierung und speziell dort im Bereich Entrepreneurship, zu stärken.

Schließlich ist das DIW mit SAFE und IWH überzeugend vernetzt, was durch gemeinsame Publikationen, Drittmittelprojekte oder die Ausbildung des Nachwuchses belegt wird. Zur Bewertung der vorgesehenen Kooperation im Rahmen des geplanten Netzwerks Finanzmarktforschung in Deutschland siehe den entsprechenden Bericht der Leibniz-Kommission.

Kooperationen mit Partnern außerhalb der Wissenschaft auch im Bereich der Finanzmarktforschung finden beispielsweise mit der Europäischen Zentralbank und mit der Deutschen Bundesbank statt. Nach Auffassung der Kommission muss auch bei künftigen Kooperationen mit Finanzinstitutionen ein besonderes Augenmerk auf angemessene Maßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit der Forschung gelegt werden.

### **Überregionale Bedeutung und Notwendigkeit einer Förderung außerhalb der Hochschulen**

Nach Auffassung der Kommission ist die Analyse der Finanzmärkte mit dem spezifischen Fokus des DIW sowie die adäquate zielgruppengerechte Aufbereitung von Wissen für Politik und Gesellschaft an einer außeruniversitären Einrichtung deutlich leichter zu realisieren. Dies gilt aufgrund der notwendigen Verbindung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung, den Beratungs- und Transferaufgaben, der Bereitstellung von Forschungsinfrastrukturen sowie der notwendigen Verbindung verschiedener Disziplinen. Aus Sicht der Kommission ist das Vorhaben daher sinnvollerweise an einem außeruniversitären Forschungsinstitut verortet.

## **1.3 Inhaltliche Passung zu den Schwerpunktthemen der Leibniz-Gemeinschaft**

Die Kommission sieht zahlreiche Anknüpfungspunkte und Komplementaritäten des Erweiterungsvorhabens zu der Forschung in der Sektion B – Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften, hier insbesondere im Themenbereich „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, funktionstüchtige Märkte und Institutionen“, aber auch darüber hinaus.

Naturgemäß sind die Schnittstellen mit den Instituten der Sektion B am größten, etwa die Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftsforschungseinrichtungen wie dem Leibniz-Institut Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Essen, dem ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München oder dem Leibniz-Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) sowie mit den sozialwissenschaftlichen Instituten. Die Weiterentwicklung des Forschungsprofils des DIW durch die geplante Erweiterung hat das Potential, die Zusammenarbeit in den strategischen Vernetzungsinstrumenten der Leibniz-Gemeinschaft, hier insbesondere im Leibniz-Forschungsverbund „Krisen in einer globalisierten Welt“ mit seinem zunehmenden Fokus auf Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen zu verstärken.

Aus Sicht der Kommission ergeben sich durch die Erweiterung neben den beiden exemplarisch genannten interdisziplinären Ansätzen zahlreiche weitere Anknüpfungspunkte, durch die ein Mehrwert über das eigentliche Vorhaben hinaus entstehen und das wissenschaftliche Portfolio der Leibniz-Gemeinschaft gestärkt werden könnte.

Der interdisziplinäre Charakter der Erweiterung ist für die Kommission durch die Vielfalt der Querschnittsthemen und der strukturellen Verankerungen in verschiedenen Clustern und Abteilungen und den beteiligten Disziplinen gegeben; dies kann auch Ausweis der prinzipiellen Anschlussfähigkeit an die Forschung von Instituten anderer Fachrichtungen gelten.

#### **1.4 Kooperationen mit Leibniz-Einrichtungen**

Neben den in Abschnitt 1.3 geschilderten Kooperationen und Kooperationspotentialen sowie den im Rahmen des Netzwerkkonzepts genannten Kooperationen, ist darüber hinaus die Kooperation mit weiteren wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft angelegt. Zudem ist das Thema „Green Finance“ für die Klimafolgenforschung der Sektion E – Umweltwissenschaften von erheblicher Relevanz. Neue innovative Schnittstellen können sich auch im Bereich verbraucherorientierter Finanzmarktforschung und Digitalisierung mit der Änderung von Produktionsweisen in der Landwirtschaft und im Ernährungssektor ergeben. Im Rahmen dieses Vorhabens ist das Institut insoweit nach Auffassung der Kommission offen für Kooperationen mit anderen Fächern und Instituten.

Nach Auffassung der Kommission lassen die gegenwärtigen Kooperationen und Kooperationspotentiale, insbesondere dank des geplanten Netzwerks, erwarten, dass die Leibniz-Gemeinschaft von dem Vorhaben profitieren würde.

#### **1.5 Arbeitsergebnisse**

##### **Forschungs- und Publikationsleistungen**

Zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit wurde in der Senatsstellungnahme aus dem Jahre 2012<sup>1</sup> geurteilt, dass das DIW seine Leistungen in vielen Arbeitsfeldern überzeugend ausgebaut und verbessert hat. Die Kommission konnte sich beim Kommissionsbesuch im Gespräch mit der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates davon überzeugen, dass dieser Trend angehalten hat. Im Hinblick auf die Themenfelder der Erweiterung konnte sich die Kommission ebenfalls überzeugen, dass es eine Reihe von Vorarbeiten gibt, die bereits in ISI-referierten Zeitschriften veröffentlicht wurden. Diese belegen nach Auffassung der Kommission die Anschlussfähigkeit

---

<sup>1</sup> Vgl. Stellungnahme des Senats zum DIW zum Abschluss der Leibniz-Evaluierung vom 29. November 2012.

und das Potential der beantragten Erweiterung des DIW. Es ist zu erwarten, dass die geplanten neuen Professuren die Leistungsfähigkeit weiter steigern würden.

### **Wissenschaftliche Dienstleistungen und Infrastrukturaufgaben**

Das DIW verfügt mit dem SOEP über eine einzigartige Forschungsinfrastruktur, welche Mikrodaten für Nutzerinnen und Nutzer innerhalb und außerhalb des DIW bereitstellt.

SAFE, DIW und IWH möchten Standards und Prozesse für die Erhebung und Verfügbarkeit von Daten zu Finanzmärkten vereinheitlichen. Die Kommission begrüßt diese Überlegungen, die nun jedoch zu konkretisieren sind. Im Rahmen des Netzwerkkonzepts streben die Partner überdies an, die jeweiligen Forschungsinfrastrukturen auf- und auszubauen und noch stärker gegenseitig nutzbar zu machen; auch diese Überlegungen sind nun zu konkretisieren.

### **Wissens- und Technologietransfer**

Das DIW kommt seinem Auftrag, in vielfältigen Formen forschungsbasiertes Wissen an Politik und Öffentlichkeit zu vermitteln, überaus erfolgreich nach. Es steht nach Auffassung der Kommission zu erwarten, dass das DIW auch in den Bereichen, in denen eine thematische Erweiterung erfolgen soll, Transferleistungen würde erbringen können.

### **Drittmittel**

In den vergangenen Jahren konnten im Bereich der Finanzmarktforschung einige hochwertige Projekte, darunter DFG-Projekte, eingeworben werden, die nach Auffassung der Kommission als Ausdruck der Leistungsfähigkeit in diesem Bereich gelten dürfen und an die das DIW im Rahmen des Erweiterungsvorhabens anknüpfen könnte.

## **1.6 Bedeutung für strategische Ziele der Leibniz-Gemeinschaft**

### **1.6.1 Internationalisierung**

Am DIW sind internationale Kooperationen gelebte Praxis und das DIW ist in den einschlägigen fachspezifischen internationalen Netzwerken eingebunden. Am Institut arbeiten zahlreiche internationale Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler und Stipendiatinnen und Stipendiaten. Die Kommission erkennt an, dass das DIW verstärkt international rekrutiert und im Rahmen des Berlin Economics Research Associates-Netzwerks (BERA) gemeinsam mit den Berliner Universitäten internationale Postdoktorandinnen und Postdoktoranden anwirbt.

Die Kommission begrüßt, dass die Gewinnung von internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die weitere Vernetzung mit internationalen Kooperationspartnern auch im Rahmen des Erweiterungsvorhabens ein wichtiges Ziel bleibt.

### **1.6.2 Kooperationen mit den Hochschulen**

Das DIW verfügt über äußerst enge Kooperationsbeziehungen insbesondere mit den Berliner Hochschulen in Lehre und Forschung. Gegenwärtig ist das DIW über dreizehn gemeinsame Berufungen mit den Hochschulen der Berlin-Brandenburger Region verbunden. Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens sollen die Leitung der geplanten Abteilung „Macro Finance“ sowie je eine S-Professur für die drei Bereiche im Themenfeld „Consumer Finance“ als gemeinsame Berufungen erfolgen. Darüber hinaus besteht auch eine enge Zusammenarbeit aufgrund des vom DIW organisierten strukturierten Doktorandenprogramm DIW Graduate Center (vgl. Abschnitt 1.6.3).

### 1.6.3 Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Die Kommission hat im Rahmen des Kommissionsbesuchs insbesondere im Gespräch mit den Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern von der Situation Promovierender ein positives Bild gewonnen. In den Gesprächen mit den Kooperationspartnern wurde die Bedeutung des vom DIW organisierten Promotionsprogramms DIW Graduate Center hervorgehoben, das eng mit dem Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science (BDPEMS) zusammenarbeitet, das von den Berliner Universitäten organisiert wird. Derzeit werden von den beteiligten Partnern Überlegungen zu einer Zusammenlegung dieser beiden strukturierten Promotionsprogramme angestellt.

Im Rahmen des geplanten Netzwerks soll insbesondere auf Doktoranden-Ebene ein Austausch vor allem zwischen den drei ‚Kern-Institutionen‘ SAFE, DIW und IWH ermöglicht und stärker institutionalisiert werden, beispielsweise durch die Öffnung von Kursen für die Doktorandinnen und Doktoranden der jeweils anderen Institute, die gemeinsame Betreuung von Promotionen und Gastaufenthalte an den anderen Instituten. Dies wird auch von den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nachgefragt, die sich eine stärkere Vernetzung in der Finanzmarktforschung wünschen. Die Kommission hat positiv zur Kenntnis genommen, dass die Kooperation zwischen SAFE, DIW und IWH auf Ebene der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits erkennbar gelebt wird und begrüßt diese weiteren Planungen, die nun konkretisiert werden müssen und die das Potential haben, die Ausbildung an den beteiligten Instituten noch attraktiver zu machen.

Hinsichtlich der Postdoc-Phase gibt es das Postdoc-Programm „Berlin Economics Research Associates“ (BERA). Die Doktoranden- und Postdoc-Programme zusammen genommen haben eine hohe Anziehungskraft für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler für den Standort Berlin – auch für internationale junge Leute aus den USA. Beide Programme tragen zu den sehr guten Karrieremöglichkeiten bei Promovierenden und darüber hinaus am DIW bei: Etwa 15-20 % der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler bleiben in der Forschung; die größere Gruppe geht in den angewandten Finanzsektor, davon allein rund 30 % in Zentralbanken und die öffentliche Verwaltung.

Nach der Postdoc-Phase gibt es am DIW zudem das Modell der Juniorprofessur, das in Zukunft mit Hilfe der Erweiterung gestärkt werden soll, auch mit einer Tenure-Track Option.

### 1.6.4 Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Am DIW beträgt der Frauenanteil an den wissenschaftlichen Beschäftigten knapp 38 % (Stichtag: 31. Dezember 2016). Unter den 25 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Leitungsaufgaben<sup>2</sup> befinden sich sechs Frauen, also rund 24 %. Auf der Ebene der Abteilungsleitungen gibt es lediglich zwei Frauen.

Die Kommission begrüßt, dass sich das DIW zum Ziel gesetzt hat, die Stellen auf allen Ebenen bis 2025 paritätisch zu besetzen. Die Kommission begrüßt, dass das DIW für die Besetzung möglicher Stellen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens eine aktive Rekrutierungspolitik anstrebt.

Die Kommission erkennt die Bemühungen des DIW im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Das DIW ist seit 2011 im Rahmen des audit berufundfamilie zertifiziert und wurde

---

<sup>2</sup> inkl. Habilitierende.

seither zweimal re-auditiert. Darüber hinaus bemüht sich das DIW laufend, die Themen Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Gremien im Institut zu thematisieren.

### **1.6.5 Open Access**

Das DIW verfügt über eine Open-Access-Policy und ist – nicht zuletzt durch das SOEP – sehr stark mit der Thematik befasst und bekennt sich zu den FAIR-Prinzipien für Forschungsdateninfrastrukturen (Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Interoperabilität und Wiederverwendbarkeit) von Forschungsdaten über Länder- und Disziplinengrenzen. Die Kommission begrüßt diese gelebte Praxis.

## **2. Institutionelle Passfähigkeit**

### **2.1 Governance**

#### **2.1.1 Organisation und Rechtsform**

##### **Management, Geschäftsverteilung**

Die wissenschaftliche Leitung durch den Präsidenten und einem zweiten wissenschaftlichen Vorstandsmitglied und der administrativen Verantwortlichkeit durch die Geschäftsführerin, die alle dem geschäftsführenden Vorstand angehören, sind am DIW klar abgegrenzt.

Die organisatorischen Planungen für die neue Abteilung „Macro Finance“ sowie die drei Themen im Querschnittsbereich „Consumer Finance“, die strukturell in bestehenden Abteilungen angesiedelt sein werden, sind nach Auffassung der Kommission schlüssig. Die gegenwärtigen Managementstrukturen, die durch die Kommission als angemessen bewertet werden, sollen im Zuge des Erweiterungsvorhabens keine Änderung erfahren.

##### **Prozess der strategischen Arbeitsplanung**

Die strategische Arbeitsplanung am DIW erfolgt in erster Linie durch den Vorstand in enger Abstimmung mit den Zuwendungsgebern und dem Kuratorium sowie der Mitgliederversammlung und manifestiert sich in den jährlichen Programmbudgets. Die Weiterentwicklung des Forschungsprogramms erfolgt in jährlichen Strategieworkshops unter Beteiligung aller Abteilungsleitungen.

Aus Sicht der Kommission ist der Prozess der internen Arbeitsplanung, der zur Konzeption der geplanten Erweiterung geführt hat und in den auch der Wissenschaftliche Beirat angemessen eingebunden war, überzeugend und geeignet für die Weiterentwicklung des DIW.

##### **Rechtsform**

Beim DIW handelt es sich um einen eingetragenen Verein, dessen Rechtsform sich im Zuge des Erweiterungsvorhabens nicht ändern würde.

#### **2.1.2 Gremien**

Das DIW verfügt mit Vorstand, Kuratorium, Mitgliederversammlung und Wissenschaftlichem Beirat über die in Leibniz-Einrichtungen vielfach üblichen Gremien. Hinzu kommt der SOEP Survey-Rat, der eine Beratungsfunktion für die Leitung des SOEP hat.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, einem weiteren wissenschaftlichen Vorstandsmitglied und der administrativen Geschäftsführerin.

Das Kuratorium des DIW besteht aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung. Dadurch wird auch die Perspektive der Praxis und Anwendung in den Vorstand getragen.

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören zwölf ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an. Eine Erweiterung des Beirats angesichts der geplanten Erweiterung ist aus Sicht der Kommission nicht erforderlich.

Die Gremien sind in ihrer Rolle und Funktion nach Auffassung der Kommission auf angemessene Art und Weise voneinander abgegrenzt und angemessen zusammengesetzt. Eine Änderung der Gremienstruktur im Zuge der Erweiterung ist nicht vorgesehen.

## **2.2 Ausstattung und Personal**

### **2.2.1 Ausstattung**

#### **Finanzielle Ausstattung**

Die vorgesehene finanzielle Ausstattung in Höhe von rund 2 Mio. € p. a. (inkl. Eigenanteil) für die strategische Erweiterung erscheint der Kommission auskömmlich und angemessen, um die Finanzmarktforschung am DIW in dem vorgesehenen Umfang zu stärken.

Die Planungen für den durch das Institut aufzubringenden Eigenanteil, der im Wesentlichen durch Umschichtungen im wissenschaftlichen Bereich erbracht werden soll, hält die Kommission für angemessen.

Die Kommission erwartet, dass die geplante Erweiterung infrastrukturell und administrativ mit den bestehenden Kapazitäten der Verwaltung sehr gut geleistet werden könnte.

Die Kosten in Höhe von 120 T€ p. a., die durch das DIW für Aktivitäten im Rahmen des Netzwerkkonzepts zu tragen sind, lassen sich dem während des Kommissionsbesuchs vorgelegten Entwurf des Kooperationsvertrags entnehmen. Sie sind aus den für das Erweiterungsvorhaben geplanten Mitteln zu erbringen.

#### **Räumliche und sächliche Ausstattung**

Nach Auffassung der Kommission ist die vorgesehene räumliche und sächliche Ausstattung für das Erweiterungsvorhaben auch mittelfristig hinreichend. Allerdings zeigt sich die Kommission überrascht, dass das Sitzland die Mietkosten für das DIW nicht trägt, wie für die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft üblich.

### **2.2.2 Personal**

#### **Personalentwicklung**

Die Maßnahmen zur Personalentwicklung, die auf einem überaus umfassenden Rahmenkonzept beruhen, sind nach Auffassung der Kommission überzeugend und angemessen. Von den zahlreichen Angeboten für beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen und Entwicklung würden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Erweiterungsvorhabens profitieren.

## **Stellenbesetzung**

Für die Besetzung von wissenschaftlichen Stellen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens sind – wie überhaupt am DIW – internationale Ausschreibungen vorgesehen. Die Kommission begrüßt, dass das DIW für die wissenschaftlichen Leitungspositionen darüber hinaus eine aktive Rekrutierung vorsieht, um den Frauenanteil an den Führungspositionen am DIW zu steigern.

## **Personalausstattung und -struktur**

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 verfügte das DIW über die folgende Personalausstattung: 97,2 VZÄ (135 Personen) in der Forschung, 14,6 VZÄ (16 Personen) in den Servicebereichen und Administration. Hinzu kommen Studentische Hilfskräfte, Auszubildende und promovierende Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Mit der Erweiterung ist vorgesehen, zusätzlich für die neue Abteilung „Macro Finance“ eine Abteilungsleitung sowie sechs wissenschaftliche Stellen zu schaffen. Für das Themenfeld „Consumer Finance“ sind je eine S-Professur in den drei Bereichen Household Finance, Green Finance und Digitalisierung, eine zusätzliche wissenschaftliche Stelle für Digitalisierung und Forschungsdatenmanagement sowie administrative Kapazitäten geplant.

Aus Sicht der Kommission ist dieser Stellenumfang angemessen, um die Ziele des Erweiterungsvorhabens angemessen umsetzen zu können.

## **2.3 Qualitätssichernde Maßnahmen**

### **Interne Qualitätssicherung**

Am DIW erfolgt die interne Qualitätssicherung über eine Reihe von Managementprozessen, die auch klare Regelungen für Entfristungskriterien bezogen auf die wissenschaftlichen Publikationen sowie Zielvorgaben am Wissenstransfer beinhalten. Zur Sicherung guter Wissenschaftlicher Praxis gibt es am DIW zwei Ombudspersonen.

Diese etablierten Mechanismen, die die Kommission für angemessen hält, sollen auch im Rahmen des Erweiterungsvorhabens Anwendung finden.

### **Externe Qualitätssicherung**

Die Kommission ist zu der Auffassung gelangt, dass der Wissenschaftliche Beirat die Entwicklung des Instituts sehr engagiert und kritisch-konstruktiv begleitet – dies gilt auch für die Konzeption des Erweiterungsvorhabens.

# Darstellung

## Strategische Erweiterung des Leibniz-Instituts DIW Berlin zur Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland

30. Januar 2018

Die folgende Darstellung wurde durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) für die geplante große strategische Erweiterung „Finanzmarktforschung am DIW Berlin“ erstellt.

### Inhaltsverzeichnis

<b>1. Strategischer Nutzen .....</b>	<b>3</b>
1.1 Programmatischer Schwerpunkt.....	3
1.2 Positionierung im nationalen und internationalen wissenschaftlichen Umfeld.....	10
1.3 Inhaltliche Passung zu den Schwerpunktthemen der Leibniz-Gemeinschaft.....	12
1.4 Kooperationen mit Leibniz-Einrichtungen.....	13
1.5 Arbeitsergebnisse .....	13
1.6 Bedeutung für strategische Ziele der Leibniz-Gemeinschaft .....	17
1.6.1 Internationalisierung.....	17
1.6.2 Kooperationen mit den Hochschulen.....	18
1.6.3 Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.....	18
1.6.4 Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	19
1.6.5 Open Access .....	20
<b>2. Institutionelle Passfähigkeit .....</b>	<b>20</b>
2.1 Governance .....	20
2.1.1 Organisation und Rechtsform .....	20
2.1.2 Gremien .....	21
2.2 Ausstattung und Personal.....	21
2.2.1 Ausstattung .....	21
2.2.2 Personal.....	24
2.3 Qualitätssichernde Maßnahmen .....	26

**Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1:	Anzahl der Veröffentlichungen der Jahre 2014-2016 .....	15
Tabelle 2:	Zehn ausgewählte wesentliche Drittmittelprojekte der Jahre 2014-2016.....	17
Tabelle 3:	Betreute und abgeschlossene Qualifikationsverfahren der Jahre 2014-2016.....	19
Tabelle 4:	Aufwendungen für das Erweiterungsvorhaben.....	22
Tabelle 5:	Erträge der Jahre 2014 - 2016.....	22
Tabelle 6:	Aufwendungen der Jahre 2014 - 2016.....	23
Tabelle 7:	Personal zum 31. Dezember 2016.....	25

**Anlage zur Darstellung:** Organisationsplan und künftiger Organisationsplan inkl. Erweiterungsvorhaben

# 1. Strategischer Nutzen

## 1.1 Programmatischer Schwerpunkt

### **Auftrag und Forschungsprogramm**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) leistet satzungsgemäß wissenschaftliche Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion und Beratung in wirtschaftlichen Fragestellungen, zur Weiterbildung sowie zur Wissensvermittlung in der interessierten Öffentlichkeit. Dies erfolgt durch exzellente Forschung, relevante und forschungsgestützte Beratung, Nachwuchsförderung und die Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit sind zwei zentrale Elemente der Arbeit des Instituts als Teil der Leibniz-Gemeinschaft. Das DIW dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken.

Die grundlegenden inhaltlichen Prioritäten des DIW konzentrieren sich um die drei Themenbereiche Deutschland in Europa, Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit sowie Lebensqualität und Verteilung. Dabei ist das Institut in vier thematischen Clustern organisiert, die jeweils aus mehreren, thematisch verwandten Forschungsabteilungen bestehen: 1) Makroökonomie & Finanzmärkte, 2) Nachhaltigkeit, 3) Industrieökonomie und 4) Öffentliche Finanzen & Lebenslagen (vgl. Anlage 1). Die größeren Cluster schaffen optimale Rahmenbedingungen für abteilungsübergreifende Zusammenarbeit in Forschung und Politikberatung und bei der Betreuung der Promovierenden.

Die Strategie DIW\_2020 betont Internationalisierung, die Stärkung von Netzwerken, offene Kommunikation sowie Personalförderung und Karriereentwicklung als wichtige Instrumente zur Umsetzung und Flankierung der inhaltlichen Schwerpunkte.

### **Forschungsgebiet und Forschungsprogramm des Erweiterungsvorhabens und Mittelfristige wissenschaftliche Entwicklungsperspektive**

Zur Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland und als ein weiterer Beitrag zur Umsetzung der Evaluierungsempfehlung der Leibniz-Gemeinschaft, den makroökonomischen Bereich zu stärken, beantragt das DIW eine dauerhafte inhaltlich-strategische Erweiterung, die den bisherigen Kernhaushalt des Instituts übersteigt. Ziel ist es, die Alleinstellungsmerkmale des DIW mit einem Ausbau seiner Finanzmarktforschung zu verbinden und somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieses Forschungsbereichs in Deutschland zu leisten. Hierdurch wird das DIW eine tragende Rolle im Aufbau des Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ einnehmen, welches zusammen mit den Anträgen des Forschungsinstituts Center of Sustainable Architecture for Finance in Europe (SAFE) und des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) – sowie unter Beteiligung weiterer nicht-antragstellender Institute – geschaffen werden soll.

Die Stärken des DIW im Bereich der Finanzmarktforschung liegen in der Erforschung von wirtschaftlichen und finanzmarktrelevanten Zusammenhängen aus der Perspektive des einzelnen Menschen, der in seinem täglichen Leben durch Konsum, Kreditverhalten, durch Lebensentscheidungen zu Rente und privater Vorsorge und in seiner Umwelt durch Finanzinstitutionen, -märkte und -regulierung betroffen ist.

In der Verbindung von mikroökonomischen und makroökonomischen Aspekten und in der Analyse von Verteilungseffekten liegt eine weitere Stärke des DIW im Bereich der Finanzmarktforschung. Die gesamtwirtschaftliche Rolle von Finanzmärkten und -institutionen kann nur dann ausreichend analysiert werden, wenn das zugrunde liegende Handeln einzelner Menschen und Firmen besser verstanden wird. Das DIW kann zudem ergänzend auf die Infrastruktureinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) zurückgreifen, die im DIW angesiedelt ist.

Auf dieser starken wissenschaftlichen Basis will das DIW seine Finanzmarktforschung wie folgt ausbauen, in der Nachwuchsförderung im DIW Graduate Center und im Postdoc-Programm BERA (ein Berliner Netzwerk für Postdocs mit Anschubfinanzierung durch die Leibniz-Gemeinschaft) verorten sowie durch relevante Forschungsdateninfrastruktur ergänzen (vgl. Abschnitte 1.5 und 1.6.3).

#### I. Macro Finance: Banken- und Kapitalmarktunion, Finanzstabilität und Makromodelle

Als Teil der Erweiterung soll eine neue Abteilung „Macro Finance“ im Cluster „Makroökonomie und Finanzmärkte“ geschaffen werden. Ziel ist es, die Rolle von Finanzmärkten für die Realwirtschaft zu analysieren und die Interaktion zwischen beiden Bereichen zu erforschen. Dabei soll der Schwerpunkt auf vier spezifischen Themen liegen: (1) auf der Analyse der Integration von Finanzmärkten und -institutionen in Europa durch die Bankenunion und Kapitalmarktunion; (2) auf der Identifikation von systemischen Risiken zur Finanzstabilität; (3) auf dem Ausbau makroökonomischer Modelle unter Einbeziehung von Finanzmärkten und von Verteilungsaspekten; und (4) auf der Interaktion zwischen Geldpolitik und Finanzstabilität in Europa.

Kennzeichnendes Merkmal der Arbeit des DIW zu makroökonomischen Themen ist die enge Verknüpfung mikroökonomischer und sektoraler Daten und Ansätze mit gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. So ist im ersten der genannten Themenbereiche mit der Frage der gesamtwirtschaftlichen Stabilität auch die Bedeutung der Finanzierungsbeschränkungen für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) verbunden, die einen Großteil der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Aktivität aller europäischen Volkswirtschaften ausmachen. Ziel der Forschung des DIW im Rahmen des Erweiterungsvorhabens ist es, Antworten auf die zentrale Frage zu finden, welche Rolle die unterschiedlichen Strukturen in den europäischen Bankensystemen für Stabilität und KMU-Finanzierung spielen. Dabei wird auch zu untersuchen sein, inwieweit strukturelle Komplementaritäten zwischen den Bankensektor- und Industriestrukturen existieren.

Im Bereich der europäischen Kapitalmarktunion will das DIW (1) vor allem die Auswirkungen regulatorischer und institutioneller Veränderungen auf den Finanzsektor und die Realwirtschaft untersuchen. Dies geschieht schon zum Teil, zurzeit gefördert durch ein Projekt aus dem Wettbewerbsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft, und soll in Zukunft auch durch Zusammenarbeit mit den Partnerinstituten des Netzwerkes verstärkt werden. Dabei soll z.B. untersucht werden, inwiefern höhere Eigenkapitalanforderungen an Banken Marktkonzentration und Wettbewerb im Finanzsektor beeinflussen und wie sich dies auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität auswirken kann.

Darüber konzentriert sich ein wichtiger Teil der Forschung am DIW auf die Frage, wie institutionelle und regulatorische Änderungen die Portfolioentscheidungen und die internationalen Aktivitäten von Banken und Nicht-Banken beeinflussen. Die Kapitalmarktstrukturen (z.B. der Mix von Fremd- und Eigenkapital) sind letztlich für die internationale Risikoteilung und damit für die Stabilität von Finanz- und Realwirtschaft von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang will das

DIW auf Basis von Makro- und Mikrodaten seine Forschung weiter auf- und ausbauen um zu beleuchten, welche Strukturen zu einer besseren internationalen Risikoteilung führen.

(2) ist mit der zunehmenden Bedeutung der Finanzmärkte die Finanzstabilität zu einem eigenständigen Ziel der Wirtschaftspolitik in modernen Marktwirtschaften geworden. In diesem Bereich will das DIW die vertiefte Auseinandersetzung mit Banken und Finanzierung der Realwirtschaft (auch über Aktien- und Rentenmärkte) ausbauen, auch um Gefahren aus der Risikoübertragung auf private Haushalte und die Identifikation und Auswirkung von finanziellen Risiken (wie Zinsänderungen, Fristentransformation, u.ä.) zu analysieren. Die bestehenden Kompetenzen des DIW in hierfür relevanten Bereichen, wie die makroökonomische Analyse (Abt. Makroökonomie), Immobilienbewertung (Abt. Konjunkturpolitik) und die Analyse von Devisen- und partiell auch Aktienmärkten (Abt. Weltwirtschaft) soll daher gestärkt und ergänzt werden, v.a. um das Feld Nichtbanken. Nichtbanken, Versicherungen und Fonds, haben an relativer Bedeutung im Trend gewonnen und übernehmen zunehmend Risiken, nicht zuletzt als Ausweichbewegung der strikteren Bankenregulierung.

(3) stützt sich das DIW für die Prognose der makroökonomischen Entwicklung ausgeprägt auf einzelwirtschaftliche Ansätze und mikroökonomische Daten. In der neu geplanten Abteilung sollen methodologische Ansätze für die Konjunkturprognose und Simulationszwecke entwickelt werden. Insbesondere sind hierfür mikrofundierte agentenbasierte Modelle geeignet, die der Heterogenität von Haushalten Rechnung tragen und so auch die Wechselwirkungen zwischen der Einkommens- und Vermögensverteilung und der makroökonomischen Entwicklung berücksichtigen können, vor allem solche mit neu-keynesianischen Elementen (Heterogeneous Agent New-Keynesian, „HANK“). Auch kann Heterogenität der Bevölkerung – etwa in Modellen mit segmentierten Anlagemärkten – aus einem unterschiedlichen Zugang von Haushalten zu den Finanzmärkten erwachsen. Beide Modellklassen sollen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens weiterentwickelt und für quantitative Analysen nutzbar gemacht werden, um sie in enger Zusammenarbeit mit der bestehenden Abteilung Konjunkturpolitik des DIW insbesondere auch in der anwendungsorientierten Konjunkturprognose einzusetzen.

(4) ist die Modellierung der Finanzmärkte für die Weiterentwicklung der europäischen Währungs- und Geldpolitik von zentraler Bedeutung. Bisher werden am DIW vor allem die makroökonomischen Effekte der Geldpolitik erforscht. Durch den geplanten Aufwuchs soll vor allem auch die Bedeutung von Finanzmarktpreisen und ihre Funktion als Transmissionskanal der geldpolitischen Impulse analysiert werden. Größen wie Staatsverschuldung oder finanzmarktbasierter Unsicherheit sowie Heterogenität zwischen den Ländern der Europäischen Währungsunion sollen hierbei einbezogen werden, um die Auswirkungen der Geldpolitik auf Vermögenspreise, Banken und KMUs zu verstehen.

Ein weiterer zu untersuchender Themenkomplex der neuen Abteilung soll die Erkennung von Preisverzerrungen auf Vermögensmärkten und damit einhergehende oder folgende makroökonomische Ungleichgewichte und Krisen sein. Hierbei können die zukünftigen Arbeiten auf aktuelle Forschung des DIW im Rahmen des Leibniz Forschungsverbunds „Krisen in einer globalisierten Welt“ aufbauen. Hier werden bereits ökonometrische Frühwarnsysteme für makroökonomische Krisen entwickelt und sollen um den Aspekt erweitert werden, ob Finanzmarktspekulation die Vermögenspreise beeinflusst und wie globale Ansteckungsmechanismen („contagion“) Finanzkrisen über Länder und Märkte hinweg übertragen.

## II. Consumer Finance: Household Finance, Green Finance und Digitalization

In einem abteilungsübergreifenden Themenfeld „Consumer Finance“<sup>1</sup> sollen mikroökonomische Anknüpfungspunkte in den beteiligten Abteilungen aufgegriffen und die systematische Analyse von Finanzmarktaspekten vor allem für Konsumenten, Unternehmen und die staatliche Regulierung ausgebaut werden. Die Alleinstellungsmerkmale des DIW bei den Forschungsthemen Verbraucherschutz und Wettbewerb, finanzielle Bildung, Absicherung privater Risiken in der Vorsorge und den sozialen Sicherungssystemen sowie dem Klimaschutz stellen gute Voraussetzungen dar, um innovative und gesellschaftlich relevante Ergebnisse im Bereich der verbraucherorientierten Finanzmarktforschung zu erzielen und auch die Mikrofundierung der Makroökonomie zu stärken.

### *1.) Household Finance: Wirkung und Absicherung von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken für private Haushalte*

Arbeitsmarkt- und Finanzmarktschocks gehören aus ökonomischer Sicht zu den wichtigsten Risiken für das Einkommen und die Lebenslagen von Haushalten. Die Wirkungen dieser Risiken müssen über den Lebenszyklus von Haushalten analysiert werden. Zum einen haben Arbeitsmarkt- und Finanzmarktschocks häufig langfristige Wirkungen, die sich über die Zeit verstärken können, zum anderen wirken sich Arbeitslosigkeit und Vermögenschocks während der Erwerbsphase direkt auf die Rentenphase aus.

Bisher wird am DIW verstärkt zu den Wirkungen von Arbeitsmarktrisiken geforscht. Die Effekte von Finanzmarktrisiken und die Interaktion zwischen Finanzmärkten und Arbeitsmärkten wurden bisher jedoch nicht betrachtet. Für eine umfassende Analyse der Lebenslagen von Haushalten ist dieses jedoch zwingend notwendig.

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens sollen daher folgende übergreifende Fragen beantwortet werden. Wie wirken sich Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken auf Einkommen, Verschuldung und Lebenslagen von Haushalten aus? Wie können sich Haushalte gegen Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken absichern? Wie kann das Steuertransfer- und Rentensystem Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken für Haushalte absichern? Welchen Einfluss hat finanzielle Bildung auf die Absicherung der Risiken und wie kann die finanzielle Bildung verbessert werden? Diese Fragen sind eng miteinander verbunden. Beispielsweise wirken sich Reformen im Steuer- und Transfersystem auf das Arbeitsangebot und die private Vorsorge von Haushalten aus und gleichzeitig hängt die Optimalität des Steuer- und Transfersystems von der privaten Absicherung im Haushaltskontext ab.

Für die Analysen sollen unterschiedliche Methoden verwendet werden. Neben der Entwicklung von dynamischen Lebenszyklusmodellen sollen auch Kausalanalysen durchgeführt werden. Die Forschung erfolgt in enger Kooperation mit der Abteilung Weltwirtschaft, die intensiv zur finanziellen Bildung und Verschuldung arbeitet. Basierend auf diesen empirischen Methoden sollen folgende Analysen durchgeführt werden:

(1) Finanzielle Absicherung von Haushalten für die Rentenphase: Auf Basis eines dynamischen Lebenszyklusmodells, das alle wesentlichen Einkommen, Rentenansprüche und Vermögen auf der Haushaltsebene abbildet und das zugleich die Umverteilung und Versicherung durch das Steuer-, Transfer- und Rentensystem berücksichtigt, soll analysiert werden, wie sich das Einkommen von Haushalten in der Rentenphase entwickeln wird und wie sich dieses bei einer exogenen

---

<sup>1</sup> Vgl. *Abbildung 1* im Antrag des Landes Berlin für einen Sondertatbestand für das DIW Berlin (1.9.2017): organisatorisch sind die zusätzlichen ForscherInnen des abteilungsübergreifenden Themenfeldes in den jeweiligen Abteilungen angesiedelt.

Veränderung der Risiken entwickelt. Bei dieser Analyse ist die Modellierung der Heterogenität von Haushalten entscheidend.

(2) Verteilungswirkungen von einem Staatsfonds zu Alterssicherung: In diesem Projekt soll gezeigt werden, wie sich das Einkommen im Alter durch die Einführung eines Staatsfonds verändert. Zunächst wird auf Basis eines Portfolio Choice Modells analysiert, ob und wie stark die Nachfrage nach privater Vorsorge von Haushalten mit niedrigen Einkommen durch die Einführung eines Staatsfonds steigt. In einem zweiten Schritt wird diese Information in das oben beschriebene Lebenszyklusmodell integriert und untersucht, ob stärkere Verbreiterung und die höheren Renditen zu einer besseren Absicherung der Lebenslagen im Alter führen.

(3) Optimalität des Renten-, Steuer- und Transfersystems: Für diese umfassende Optimalitätsanalyse ist es notwendig, ein strukturelles Lebenszyklusmodell zu entwickeln, das neben den Institutionen auch das Spar- und Arbeitsangebot von Haushalten berücksichtigt. Darüber hinaus spielen zum einen die Heterogenität der Haushalte und zum anderen gesamtwirtschaftliche Effekte auf Löhne und Zinsen eine wichtige Rolle. Zusammen mit Nils Grewenbrock, Osman Küküsen und Alexander Ludwig (SAFE Frankfurt) soll ein strukturelles Modell entwickelt werden, das auf den Vorarbeiten von Haan und Ludwig basiert.

Organisatorisch wird das Thema Household Finance hauptverantwortlich in der bestehenden Abteilung Staat angesiedelt sein in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Weltwirtschaft.

## *2.) Green Finance: Finanzmarkt-, Transparenz- und Klima- & Energieregulierung*

Am DIW werden aktuell verschiedene Forschungsprojekte zur Umgestaltung in eine grüne Marktwirtschaft, insbesondere zu klimabedingten und regulierungsbedingten Investitionsrisiken sowie zu Fragen der Finanzmarktregulierung bearbeitet. Dabei werden die Interaktion von Finanzmarktregulierung und Finanzsystemstruktur und der Einfluss von Finanzmarktstrukturen auf Finanzierungsbeschränkungen untersucht. Mit der unten stehenden Forschungsagenda werden diese Bereiche ausgebaut und stärker miteinander verknüpft.

„Green Finance“ am DIW untersucht, welche Risiken durch Energie- und Klimapolitik für Investoren entstehen und wie sich diese auf die Finanzierung von Investitionen auswirken. Auf dieser Grundlage wird bewertet, wie die Ausgestaltung von finanz- und realwirtschaftlicher Regulierung zu Erreichung vereinbarter Klima- und Energieziele beitragen kann. Hilfreich für die Formulierung und Relevanz dieser Forschungsfragen ist der enge Austausch der Abteilung Klimapolitik mit Finanzmarktakteuren (z.B. High-Level Conference on Sustainable Finance des DIW im Feb. 2018 in Kooperation mit EU-Kommission und Hub for Sustainable Finance; Seminar zu Climate Risk Disclosure mit Carbon Disclosure Project (CDP) und BNP Paribas; Keynotes bei den Sustainable Finance Roundtables des vfu und der UNEP Finance Initiative 2016 und 2017).

(1) soll die Wirkung von Energie- und Klimapolitik auf Finanzierung, beispielsweise bezüglich erneuerbarer Energien untersucht werden. Eine entscheidende Forschungsfrage hier lautet, wie Energie- und Klimapolitik gestaltet werden kann, so dass regulatorische Risiken für Investoren vermieden und marktbasierende Risiken reduziert oder abgesichert werden können. Dazu gilt es jeweils Anreize und regulatorische Risiken für Projektentwickler analytisch abzubilden um ihre Wirkung auf Finanzierungsstrukturen und -entscheidungen zu betrachten. Schätzungen basierend auf eigenen Umfragen und Unternehmensdaten können zur Parametrisierung genutzt werden.

(2) soll die Rolle von Transparenz für „Green Finance“ untersucht werden, konkret die unternehmensspezifische Offenlegung von Klima- bzw. CO<sub>2</sub>-Risiken. Bei diesen Risiken geht es v.a. um zukünftige durch z.B. Klima- und Energie-Regulierung getriebene Markt-, Preis- und Kostenveränderungen

und welche Auswirkungen diese auf die Rentabilität aktueller Investitionen bzw. Unternehmungen haben. Aufbauend auf unseren empirischen Schätzungen zu Auswirkungen von Offenlegung und CO<sub>2</sub>-Intensität in einigen Ländern, werden die Kapitalkosteneffekte unterschiedlicher Reportinganforderungen und die sich daraus ergebende Wirkung auf Unternehmensentscheidungen analytisch bewertet.

(3) soll der Einfluss von Finanzmarktregulierung auf die Rolle der Finanzinstitutionen für grüne Investitionen analysiert werden, mit der Frage nach möglichen Verzerrungen bzgl. grüner Investitionen, und inwiefern grüne Investitionen durch Finanzmarktregulierung (ohne Vernachlässigung der primären Ziele von Finanzmarktregulierung) unterstützt werden könnten. Die Wirkung der zahlreichen Reformen des Eigenkapitalstandards auf berichteten Finanzierungszugang und Beschränkungen grüner Unternehmen soll im Vergleich zu anderen Unternehmen untersucht werden (sowohl Effekte der Ankündigung als auch Umsetzung). Darauf aufbauend sollen Optionen zur Unterstützung grüner Investitionen durch Finanzmarktregulierung bewertet werden.

Organisatorisch wird das Thema Green Finance hauptverantwortlich in der bestehenden Abteilung Klimapolitik angesiedelt sein in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im Rahmen des Clusters Nachhaltigkeit.

### *3.) Digitalisierung: Investitionen in digitale Infrastruktur und Entrepreneurship*

Am DIW werden aktuell verschiedene Forschungsprojekte zur Digitalisierung bearbeitet, insbesondere zu Fragen der Finanzierung und Regulierung der Breitbandinfrastruktur und deren Auswirkungen auf sozioökonomische Aktivitäten und der Rolle von Wettbewerb und Regulierung auf digitalen Märkten. Durch das Erweiterungsvorhaben sollen diese Bereiche gestärkt werden und durch die Analyse unterschiedlicher Aspekte sogenannter „FinTechs“ ergänzt werden.

(1) Entrepreneurship, Unternehmensgründung und Crowd Funding: Derzeit wird am DIW untersucht, unter welchen Voraussetzungen High-Tech Start-ups und innovative Aktivitäten von jungen Unternehmen erfolgreich bleiben und wachsen, um so die Produktivität in einer Volkswirtschaft zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund erhalten die von verschiedenen FinTechs eingeleiteten Disintermediationsentwicklungen eine zentrale Bedeutung: Danach reichen private Investoren als ‚Crowd‘ über Online-Plattformen, unter Umgehung der klassischen Finanzintermediäre (Banken), Kapital direkt an Entrepreneure und Start-ups aus. Dies führt zu Fragen, inwieweit diese neue Marktform nachhaltig ist und inwieweit sie zur Überwindung von Ineffizienzen im Offline-Marktgeschehen bei der frühen Finanzierung von Unternehmen mit Wachstumspotential beiträgt.

Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen wird in dem Erweiterungsvorhaben untersucht, wie Finanzierungsmatches zustande kommen. Darauf aufbauend wird analysiert, welche Renditeerwartungen Investoren haben und inwieweit diese Renditeerwartungen vor dem Hintergrund möglichen Moral Hazard Verhaltens und des negativen Zusammenhangs zwischen Risikobereitschaft der Entrepreneure und deren unternehmerischem Erfolg erfüllt werden. Seitens der Entrepreneure wird analysiert, wie sich die über die Crowd finanzierten Unternehmen entwickeln.

(2) Wettbewerb und Regulierung für Zahlungssysteme: Ein zweiter wichtiger Aspekt von FinTechs ist die bedeutende Entwicklung im Konsumentenfinanzsektor. Zum Beispiel erhöhen Zahlungsdienste wie Apple Pay und Google Wallet („mobile payments“), neben einer Vielzahl an ähnlichen Wettbewerbern, die Akzeptanz und den Nutzen herkömmlicher Kreditkarten. Gleichzeitig erhöhen sie aber den Wettbewerb. Die am DIW bestehende Forschung untersucht empirisch die Girokartennutzung auf der Konsumenten- und Händlerseite um, darauf aufbauend Aussagen über

eine optimale Gebührenregulierung in diesem Markt zu treffen. Die sich rapide verbessernde Datenlage eröffnet Chancen, die Konsumentenentscheidungen zur Nutzung bestehender und sich entwickelnder digitaler Zahlungsmittel weiter zu erforschen.

Ein Schwerpunkt des Erweiterungsvorhabens wird die Erforschung von innovativen Zahlungsdiensten und den sich aus ihnen ergebenden Herausforderungen für eine staatliche Regulierung sein. Der verstärkte Markteintritt und Wettbewerb durch neue Zahlungsdienste, die als Plattformen agieren, führt zu einer grundlegenden Veränderung des strategischen Entscheidungsspielraums traditioneller Banken in diesem Markt. Das Ziel hier soll sein, die Implikationen dieser Veränderungen für die Regulierung herkömmlicher Zahlungssysteme wie Kredit- und Girokarten zu verstehen sowie potentiellen Regulierungsbedarf für konkurrierende, innovative Zahlungssysteme aufzuzeigen.

(3) Finanzierung von digitaler Infrastruktur: Für die Anwendung neuer Dienstleistungen und damit die Entwicklung neuer digitaler Technologien sind Übertragungsnetze der nächsten Generation, sowohl im Fest- als auch im Mobilnetzbereich, eine wesentliche Voraussetzung. Beim Aufbau dieser Netze stellt sich die Frage, wie dynamisch effiziente Investitionen erreicht werden können, ob der bestehende europäische Regulierungsrahmen angemessen ist und welche Rolle staatliche Subventionen in diesem Bereich spielen sollten. Mit dem Erweiterungsvorhaben sollen dynamische Aspekte, wie Nachfrageunsicherheiten und Risiken mit Blick auf die Finanzierung und das regulatorische Umfeld selbst untersucht werden.

Organisatorisch wird das Thema Digitalisierung hauptverantwortlich im Cluster Industrieökonomie angesiedelt sein in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Forschungsinfrastruktur.

### **Relevanz**

Die globale Finanzkrise 2007-09 und die darauffolgende europäische Finanz- und Wirtschaftskrise haben gezeigt, wie bedeutsam funktionsfähige Finanzmärkte und -institutionen für Wirtschaft, Gesellschaft und Wohlstand sind. Gleichzeitig befindet sich die Finanzwelt in einem tiefgehenden, technologisch getriebenen Wandlungsprozess, der nicht nur ihre Geschäftsprozesse, sondern auch ihre Geschäftsmodelle betrifft. Diese Entwicklungen haben weitreichende Folgen für die Wirtschaft, das Funktionieren der Wirtschaftspolitik – vor allem im Bereich der Geldpolitik, der Finanzstabilität und der Regulierung – sowie für die Lebenslagen einzelner Personen – und verlangen nach tiefgehendem Verständnis der Wechselwirkungen der Finanzmärkte mit der Realwirtschaft und den Auswirkungen des technologischen Wandels.

In der aktuellen Forschungslandschaft in Deutschland finden sich verschiedene Forschungseinheiten, die Teilaspekte des beschriebenen Forschungsfeldes adressieren und im Netzwerkteil des Antrags im Detail beschrieben werden, so auch am DIW. Eine umfassende und systematische Betrachtung komplexer Finanzsysteme, der Wirkungszusammenhänge zwischen ihren Elementen und der Realwirtschaft sowie der zu erwartenden Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung ist notwendig und soll zielgerichtet ausgebaut werden, um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen optimal gestalten zu können. Es gilt daher die Finanzmarktforschung zu stärken und durch eine kluge Vernetzung der verschiedenen Forschungsakteure in Deutschland und in Europa dieses Defizit in der Forschung zu beseitigen.

Dies erfordert die Verknüpfung von mikroökonomischen mit makroökonomischen Aspekten, einen interdisziplinären Ansatz und Öffnung hin zu neuen Perspektiven und zielgenauen Analysen für evidenzbasierte Politikberatung. Hierzu kann das DIW – anknüpfend an bereits bestehende

Forschung und Strukturen und im engen Austausch innerhalb des Netzwerks „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ – in idealer Weise entscheidend beitragen.

Arbeitsmarkt- und Finanzmarktschocks sind aus ökonomischer Sicht die wichtigsten Risiken für das Einkommen und die Lebenslagen von Haushalten. Daher ist es notwendig, die Wirkungen und die Absicherung von Arbeitsmarkt- und Finanzmarktrisiken gemeinsam zu analysieren. Auch im Bereich Green Finance des Erweiterungsvorhabens wird ein wichtiger Beitrag an der Schnittstelle von nachhaltiger Finanzarchitektur und Ökologie geleistet.

Im Bereich der Digitalisierung wird sich das Erweiterungsvorhaben auf zwei Hauptfragen konzentrieren, die zurzeit im Zentrum des wirtschaftspolitischen Diskurses stehen. Zum einem wird die Frage der Finanzierung des Ausbaus einer ultraschnellen Breitbandinfrastruktur als Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren von digitalen Dienstleistungen analysiert. Zum zweiten wird die Rolle von digitalen Intermediären im Finanzbereich aus verschiedenen Perspektiven untersucht. Die Erforschung des Einflusses staatlicher Regulierung auf das Marktgeschehen spielt dabei einer zentralen Rolle.

Auch für die Forschungsinfrastruktur in Deutschland ist der Erweiterungsantrag wichtig, da er den Einsatz bzw. die Erarbeitung offener Standards und Best Practices für die webbasierte Nutzung von Forschungsinformation unterstützen soll, was gerade für die Finanzmarktforschung von zentraler Bedeutung ist (vgl. Abschnitt 1.5 Wissenschaftliche Dienstleistungen und Infrastrukturaufgaben).

## **1.2 Positionierung im nationalen und internationalen wissenschaftlichen Umfeld**

### **Nationales und internationales Umfeld**

Die Finanzmarktforschung ist in Deutschland noch relativ schwach entwickelt. Global wird sie v.a. von angelsächsischen Universitäten und Institutionen dominiert. In den USA sind es v.a. viele Business Schools, die exzellente Forschung im Bereich der Finanzmärkte durchführen. Auch viele Zentralbanken, der Internationale Währungsfonds, die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) und andere internationale Finanzinstitutionen sind seit vielen Jahren führend.

In Deutschland arbeiten vor allem die Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute, allen voran das DIW und das IWH, einige Universitäten, private Business Schools (wie die European School of Management and Technology Berlin (ESMT)) und andere Forschungseinrichtungen (darunter zwei Max-Planck Institute und SAFE) an einzelnen Aspekten zu Regulierung und Gestaltung von Finanzmärkten und den Wechselwirkungen mit der Realwirtschaft. Der Aufbau der Finanzmarktforschung an den Wirtschaftsforschungsinstituten spielt – auch zur Vermeidung künftiger krisenhafter Entwicklungen – eine entscheidende Rolle, da es Aufgabe der Institute ist, nicht nur die akademische Forschung zu betreiben, sondern diese auch in konkrete Handlungsempfehlungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft umzusetzen.

Ein spezifisches Alleinstellungsmerkmal bietet das DIW im Bereich der Forschungsinfrastruktur durch das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), das seit über 30 Jahren mittlerweile fast 30.000 Individuen jährlich befragt: dies ermöglicht vor allem auch die Verknüpfung von personenbezogenen Daten mit für den Finanzmarkt relevanten Daten.

## **Kooperationspartner und Forschungsk Kooperationen**

Das DIW verfügt bereits über hervorragende Kooperationen zu wesentlichen Aspekten der Finanzmarktforschung mit nationalen und internationalen Partnern. So gibt es bspw. eine enge Zusammenarbeit in der Berliner Wissenschaftslandschaft (Humboldt-Universität, Freie Universität, Technische Universität, ESMT, Hertie School, WZB) zu einzelnen der oben genannten Aspekte (siehe auch Abschnitt 1.5). Konkret gibt es eine enge Zusammenarbeit im Rahmen des Sonderforschungsbereiches „Rationalität und Wettbewerb“ mit der LMU München und der HU Berlin, in der dynamische Entscheidungen und die Bedeutung von Erwartungen von Haushalten auf Finanz- und Arbeitsmärkten untersucht werden. Für die grundlegende Erforschung der ökonomischen Auswirkungen der Digitalisierung wird der interdisziplinäre Leibniz WissenschaftsCampus Berlin Centre for Consumer Policies (BCCP) intensiv genutzt. Die Abteilung Forschungsinfrastruktur des DIW befindet sich im aktiven Dialog unter anderem mit der Research Data Alliance<sup>2</sup> und dem Leibniz-Forschungsverbund Science 2.0 sowie mit dem IASS Potsdam bezüglich der innovativen transdisziplinären Anwendung von Forschungsdaten und -methoden für neue Fragestellungen im Rahmen von wissenschaftlichen Infrastrukturen.

Auch mit den beiden anderen Antragstellern, IWH und SAFE, gibt es bereits viele gemeinsame Projekte im Bereich der Finanzmarktforschung, die durch das gemeinsame Netzwerk (siehe Abschnitt 1.5) weiter ausgebaut und im Mittelpunkt der drei Anträge stehen soll.

Weiter gibt es eine Reihe von Kooperationen zu Finanzmarktthemen mit internationalen Institutionen. Im Bereich der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion kooperiert das DIW mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen der Europäischen Zentralbank (mit Claudia Lambert in einem Projekt des Leibniz-Wettbewerbs). Weiterhin sollen die engen Kooperationen mit der Purdue University (Victoria Prowse), dem IFS (London) und der London School of Economics im in Abschnitt 1.1 beschriebenen Bereich des Entrepreneurship gestärkt werden. Im Bereich der Finanzstabilität und europäischen Kapitalmarktunion (Risikoprämien an Devisenmärkten, Devisenmarktinterventionen) soll die bereits bestehende Kooperation mit Forschern der Cass Business School London (mit Lucio Sarno und Thorsten Beck) fortgeführt und intensiviert werden. Zu Fragen der Finanzierung von Effizienzmaßnahmen im Klimaschutz und Hedgingstrategien im Emissionshandel sollen bestehende Kooperationen mit der London School of Economics (Lucka Tashinei, Antoine Dechezleprêtre, Misato Sato), im Bereich Plattformregulierung soll die enge Kooperation mit ESMT und KU Leuven gestärkt werden.

## **Überregionale Bedeutung und Notwendigkeit einer Förderung außerhalb der Hochschulen**

Die Finanzmarktforschung ist in den vergangenen Jahren, insbesondere seit der Finanzkrise, zu einem wesentlichen Thema der deutschen und internationalen Wirtschaftswissenschaften geworden. Vor diesem Hintergrund ermöglicht das Erweiterungsvorhaben am DIW eine systematische und langfristige Erforschung makrofinanzieller und finanzmarktbezogener Fragestellungen. So können aufbauend auf der vorhandenen Forschung des Instituts insbesondere die Auswirkungen in den folgenden Bereichen erforscht werden: die gesamtwirtschaftliche, aber auch individuelle Bedeutung von Digitalisierung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit der Wirtschaft sowie sozialen Sicherungssystemen, die durch den demographischen Wandel massiv unter Druck geraten sind.

---

<sup>2</sup> <https://rd-alliance.org/>

Die inhaltlich-strategische Erweiterung des DIW schafft komplementär zu und im engen Austausch mit SAFE, IWH und weiteren Partnern ein neuartiges Kompetenzfeld für Finanzmarktforschung in Deutschland. Durch die Ansiedlung in der Leibniz-Gemeinschaft kann der dafür erforderliche umfassende Blick auf das Thema Finanzmärkte umgesetzt werden. Auftrag der Forschungsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft ist es, nicht nur exzellente Forschung zu produzieren, sondern zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Debatten zu informieren und mitzugestalten. Die arbeitsteilige Kooperation über verschiedene Institute und Forschungseinheiten hinweg und das notwendige Ineinandergreifen von Forschung, Politikberatung und Wissenstransfer geht über das Aufgabengebiet von Hochschulen deutlich hinaus und ist somit in außeruniversitären Forschungseinrichtungen anzusiedeln.

### **1.3 Inhaltliche Passung zu den Schwerpunktthemen der Leibniz-Gemeinschaft**

Im Hinblick auf die große Stärke der Leibniz-Gemeinschaft, ForscherInnen verschiedener disziplinärer Hintergründe gewinnbringend zusammenzubringen, bietet das Erweiterungsvorhaben am DIW ideale Voraussetzungen. Im Zentrum steht dabei die interdisziplinäre Forschung im Bereich Makroökonomie und Finanzen. Am DIW forschen traditionell WirtschaftswissenschaftlerInnen gemeinsam mit SoziologInnen, PolitologInnen und PsychologInnen. So kann das Forschungsportfolio im Bereich Makroökonomie und Finanzen z. B. um den wichtigen Bereich der Psychologie der Finanzmärkte und verhaltensökonomische Ansätze erweitert werden.

Die besondere Einbettung des Erweiterungsvorhabens in das Netzwerk mit dem SAFE-Institut und dem IWH ist in dieser Form in der Leibniz-Gemeinschaft noch nicht vorhanden und ermöglicht eine entscheidende zusätzliche thematische Diversität bei der Erforschung von Finanzmärkten. Der integrative Ansatz gestattet erstmals, alle einschlägig ausgerichteten Forschungsressourcen und -ansätze bei den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Sektion B – Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften miteinander in Verbindung zu setzen, koordiniert und zielgerichtet zu verfolgen und weiterzuentwickeln. Ziel des Netzwerkes ist es, Antworten auf die Herausforderungen an eine globale, auf Stabilität ausgerichtete Finanz-, Geld- und Währungsordnung zu suchen. Der thematische Rahmen greift dabei das erst kürzlich verabschiedete Forschungsprofil der Leibniz-Gemeinschaft auf, nach dem die Zukunftssicherung eine übergeordnete Aufgabenstellung ist. Dabei ist das Kernnetzwerk der drei Institute neben den bereits gewonnenen Netzwerkpartnern themenbezogen jederzeit offen für weitere nationale und auch internationale Kooperationspartner.

Durch die Weiterentwicklung des Forschungsprofils des DIW im Rahmen des Erweiterungsvorhabens und des Netzwerkes erfolgt darüber hinaus eine weitere Verstärkung für die Arbeit verschiedener Forschungsverbände der Leibniz-Gemeinschaft wie dem LFV „Krisen in einer globalisierten Welt“, dem LFV „Gesundes Altern“ sowie dem LFV „Energiewende“. So kann die Zusammenarbeit mit anderen Leibniz-Einrichtungen an neuartigen Fragestellungen und Projekten gefördert werden (zum Leibniz-WissenschaftsCampus BCCP vgl. Abschnitt 1.2).

Ein besonderer Aspekt der Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes ist der direkte Austausch zwischen dem Finanzplatz Frankfurt und dem Politikstandort Berlin. Darüber hinaus ergeben sich Synergien in der Nachwuchsförderung und Forschungsinfrastruktur (vgl. Abschnitt 1.6.3).

## 1.4 Kooperationen mit Leibniz-Einrichtungen

Das Erweiterungsvorhaben am DIW ist eingebettet in die Einrichtung eines auf Dauer angelegten Forschungsnetzwerks von DIW und IWH, die strategische Erweiterungen anstreben, sowie von SAFE, das eine Verstetigung als eigenständiges Institut anstrebt. Die Arbeit des Netzwerks ist jederzeit offen für weitere nationale und internationale Kooperationspartner. Im Rahmen des Netzwerks werden die beteiligten Institute thematische Schwerpunkte sowie eine Arbeitsagenda unter einem gemeinsamen Oberthema „Herausforderungen der europäischen Geld- und Finanzordnung“ setzen, die regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden.

Zur Bearbeitung dieser sowie zukünftiger Themenschwerpunkte bauen die drei antragstellenden Institute auf starken existierenden Strukturen und Aktivitäten im Bereich der Geld- und Finanzforschung auf, die im Zuge der Antragstellung verstetigt und ausgebaut werden sollen. Die jeweiligen Alleinstellungsmerkmale der antragstellenden Institute ergänzen und verstärken sich gegenseitig, sodass durch den Aufbau des gemeinsamen Netzwerkes das Thema Finanzforschung in all seinen Facetten und Querverbindungen zu Finanz-, Sozial- und Wachstumspolitik abgebildet werden kann. Für weitere Kooperationsprojekte mit anderen Leibniz Einrichtungen siehe Abschnitt 1.2.

Über die thematische Zusammenarbeit hinaus ist ein Austausch von Forschungsinfrastruktur vorgesehen, sodass vorhandene oder neu zu finanzierende Strukturen effizient genutzt werden. Zudem betreiben die Netzwerkpartner gemeinsam die Vernetzung und Weiterentwicklung ihrer wissenschaftlich exzellenten Doktorandenausbildung (vgl. Abschnitte 1.5 und 1.6.3).

## 1.5 Arbeitsergebnisse

Zum Themenbereich der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion gibt es im DIW in der Abteilung Makroökonomie verschiedene Vorarbeiten. Im Rahmen eines DFG-Projekts zum Thema „Bankspezifisches Risiko und makroökonomische Stabilität“ (gemeinsam mit dem IWH) wird analysiert, welche Rolle Marktkonzentration im Bankensektor und bankspezifische Kreditschocks für die Volatilität makroökonomischer Größen spielen. Theoretische Modelle mit heterogenen Banken zeigen, dass bankspezifische Kreditschocks bei hoher Marktkonzentration im Bankensektor gesamtwirtschaftlich spürbar werden – auch ohne Verflechtungen zwischen Banken oder Moral Hazard („Too-big-to-fail“) (Bremus, Buch, Russ, Schnitzer 2017) zu berücksichtigen. Die empirischen Analysen des Projekts bestätigen, dass diese „granularen Effekte“ selbst in der stark diversifizierten US-amerikanischen Volkswirtschaft auftreten (Bremus, Krause, Noth 2017). Es zeigt sich zudem, dass ein höherer Grad an Finanzmarktoffenheit die Verbindung zwischen bankspezifischen Schocks und gesamtwirtschaftlichen Schwankungen abmildert (Bremus und Buch 2017).

Zu Wirkungen und Defiziten der Finanzmarktregulierung hat Dorothea Schäfer am DIW in den letzten Jahren Analysen durchgeführt. Dabei stand insbesondere die Evaluierung der Risikogewichtung und der Eigenkapitalanforderung im Fokus. Unter anderem wurde hier untersucht, wie sich Veränderungen der Risikogewichte auf die Eigenkapitalanforderungen für bestimmte Assetklassen auswirken.

Zum Bereich internationale Finanzstabilität wird in der Abt. Weltwirtschaft am DIW geforscht. Die Leitfrage ist die Identifikation von systematischen Risikofaktoren und deren Auswirkung auf das Funktionieren der Märkte. An Devisenmärkten werden entsprechende Handelsstrategien untersucht (Menkhoff et al., JF, 2016, Menkhoff et al., RFS, 2017) bzw. Interventionen, die Kursverläufe glätten sollen und damit potentiell Risiken reduzieren (Fratzscher et al., AEJ:Macro, forthc.).

Daneben werden Determinanten des Equity Premiums analysiert (bspw. Bätje and Menkhoff, IJForec, 2016). Zudem zeigt DIW Forschung, dass sich schwache makroökonomische Fundamentalfaktoren stark auf die Ansteckungseffekte von Finanzkrisen auswirken (Bekaert et al. 2014), wogegen Geldpolitik stark stabilisierend während Finanzkrisen wirken kann (Hachula et al. 2016).

Finanzverhalten von Individuen und insbesondere die kausale Wirkung von Bildungsmaßnahmen auf Finanzverhalten werden am DIW in der Abt. Weltwirtschaft erforscht. Bspw. analysiert ein Intermediationsmodell das Zusammenspiel von Financial Literacy und Familienhintergrund für das Finanzverhalten (Grohmann et al., JECPsy, 2015). Eine Metastudie zeigt die robuste Wirkung finanzieller Bildung auf Verhalten (Kaiser und Menkhoff, WBER, 2017) und verschiedene RCTs befinden sich im Feld, um spezifische Maßnahmen finanzieller Bildung zu evaluieren.

Im Bereich Arbeitsmarktrisiken wird am DIW bisher verstärkt zu ihren Wirkungen und der Rolle von privater und staatlicher Absicherung geforscht (Haan und Prowse 2015 und Haan et al. 2017). Die Effekte von Finanzmarktrisiken und die Interaktion zwischen Finanzmärkten und Arbeitsmärkten wurden bisher jedoch nicht betrachtet. Für eine umfassende Analyse der Lebenslagen von Haushalten ist dieses jedoch zwingend notwendig. Von der methodischen Seite gibt es am DIW wichtige Vorarbeiten. Insbesondere werden für Arbeitsmarktanalysen dynamische Mikrosimulationsmodelle (Geyer et al. 2017) und strukturelle Modelle verwendet (bspw. Haan und Prowse 2014).

Im Bereich Green Finance hat das DIW ausgearbeitet, wie sich regulatorische Rahmenbedingungen auf die Finanzierung von Erneuerbare-Energie-Projekten auswirken und Mechanismen, die zu Risikoaufschlägen durch Kapitalgeber führen, identifiziert und quantifiziert (Neuhoff et al. 2016). Des Weiteren wurden Optionen zur Risikoabsicherungen auf Sektorebene wie Langzeitverträge mit privaten Stromabnehmern untersucht, insbesondere auch bezüglich Ihrer Wirkung auf die Bewertung und Kosten der Re-Finanzierung der privaten Stromabnehmer.

Bisherige Forschungen in dem für das Vorhaben relevanten Bereich Entrepreneurship und Finanzierung umfassen Arbeiten zu Verhalten und unternehmerischem Erfolg von Gründern und jungen Entrepreneure (Caliendo, Fossen, und Kritikos 2009, 2010, 2012, 2014) sowie zu Auswirkungen der Innovationsaktivitäten von High-Tech Start-ups (Baumann und Kritikos 2016) und den Einfluss der Risikobereitschaft auf den unternehmerischen Erfolg. Sie zeigen, dass Personen mit einer höheren Risikobereitschaft eher dazu neigen, sich selbstständig zu machen.

Beim Thema Plattformen konzentriert sich die bisherige Forschung am DIW auf die Frage sozial optimaler Gebühren für Kartenzahlungssysteme und darauf basierende Schlussfolgerungen für die Gebührenregulierung. Bedre-Defolie et al. (2017) verwenden norwegische Daten über die Kartennutzung und -wahl, um den Konsumentennutzen eines Kartenzahlungssystems zu quantifizieren und die optimale Gebührensatzung durch die kartenausgebenden Banken zu charakterisieren. Die entwickelte Methodik ermöglicht die Untersuchung von hypothetischen Gebührenregulierungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Kartennutzungsentscheidungen, auf den Konsumentennutzen sowie auf Kosten und Nutzen für den Handel.

Bisherige Forschungen in dem Bereich der Breitbandförderung umfassen Arbeiten zur Regulierung von Kommunikationsnetzen und zur Evaluierung staatlicher Förderprogramme. Baake und Sudaric (2016) zeigen, dass Netzneutralität die Investitionsanreize der Netzbetreiber reduzieren

kann. Baake und Wagner (2017) weisen die mögliche Ineffizienz der aktuellen EU Roaming Regulierung nach. Duso et al. (2017) analysieren die Auswirkung der ersten Welle staatlicher Beihilfen für die Breitbandförderung in Deutschland.

### Forschungs- und Publikationsleistungen

Die zehn relevantesten Publikationen des DIW der Jahre 2014-2017:

Bedre-Defolie, Ö., M. Song und **H. Ullrich**, 2017, Assessing the Impact of Payment Card Fee Regulation, mimeo.

Bekaert, G., M. Ehrmann, **M. Fratzscher** und A. Mehl, 2014, Global crises and equity market contagion, Journal of Finance. 69 (6), 2597–2649, Dec. 2014.

**Bremus, F.**, C. Buch, K. Russ und M. Schnitzer, 2017, Big Banks and Macroeconomic Outcomes: Theory and Cross-Country Evidence of Granularity, aktualisierte Version des NBER Working Paper No. 19093, R&R: Journal of Money, Credit and Banking.

Baumann, J. und **A. S. Kritikos**, 2016, The link between R&D, innovation and productivity: Are micro firms different? Research Policy 45 (6), 1263-1274.

**Duso, T.**, M. Nardotto, und J. Seldeslachts, 2017, A Retrospective Study of State Aid Control in the German Broadband Market, mimeo.

**Haan, P.** and V. Prowse, 2014, [http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw\\_01.c.377914.de](http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.377914.de), Journal of Econometrics, 178, (3), 582-601.

**Haan, P.** and V. Prowse, 2015, Optimal Unemployment Insurance and Welfare Benefits in a Life-cycle model of Family Labor Supply and Savings, R&R Review of Economic Studies.

Hachula, M., M. Piffer, **M. Rieth**, 2016, Unconventional Monetary Policy, Fiscal Side Effects and Euro Area (Im)balances, DIW DP 1596, R&R Journal of the European Economic Association.

**Menkhoff, L.**, L. Sarno, M. Schmeling und A. Schrimpf, 2016, Information Flows in Foreign Exchange Markets: Dissecting Customer Currency Trades, Journal of Finance, 71:2, 601-633.

**Neuhoff, K.**, S. Wolter und S. Schwenen, 2016, Power Markets with Renewables: New Perspectives for the European Target Model, The Energy Journal 37, 23-38.

Tabelle 1: Anzahl der Veröffentlichungen der Jahre 2014-2016

Typus der Veröffentlichung	2014	2015	2016
Monografien	49	61	58
Einzelbeiträge in Sammelwerken	50	39	45
Aufsätze in Zeitschriften mit Begutachtungssystem ("referierte Zeitschriften")	119	96	118
<i>ISI-Aufsätze</i>	104	89	108
<i>sonst. ref. Aufsätze</i>	15	7	10
Aufsätze in übrigen Zeitschriften	139	179	137
<i>sonst. Aufsätze (inkl. Aufs. Vjh. mit DIW-Bet.)</i>	25	46	39
<i>Aufsätze aus Wochenberichten</i>	114	133	98
Arbeits- und Diskussionspapiere	163	164	128
Herausgeberschaft (Sammelwerke)	9	8	7

## **Wissenschaftliche Dienstleistungen und Infrastrukturaufgaben**

Das DIW leistet einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur: Hier ist die forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) ein Alleinstellungsmerkmal des DIW, welche Mikrodaten für Spitzenforschung innerhalb des Instituts sowie im In- und Ausland bereitstellt. Aufbauend auf diese bereits hohe Kompetenz im Bereich der Forschungsinfrastruktur sollen im Rahmen des Erweiterungsvorhabens innerhalb des Netzwerks mit dem SAFE Data Center, dem am IWH angesiedelten Sekretariat des CompNet Netzwerkes europäischer Zentralbanken sowie dem Forschungsdatenzentrum am IWH die Kapazitäten zur Sammlung und Bereitstellung von Forschungsdaten im Bereich der Finanzmärkte erweitert werden. Die angedachte Vereinheitlichung von Prozessen und Standards für den Umgang mit und die Verfügbarkeit von Daten setzt dabei gleichzeitig neue Qualitätsstandards bei der Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur (vgl. im Einzelnen das Netzwerkkonzept).

Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens sollen zudem, in enger fachlicher und technischer Abstimmung mit den Netzwerkpartnern, nachnutzbare vernetzte Beobachtungs- und Kommunikationsinfrastrukturen erarbeitet werden, um Mustererkennung basierend auf den wissenschaftlichen Datenbeständen zu ermöglichen, wissenschaftlichen Austausch zu beschleunigen und zu vereinfachen. Diese Aktivitäten ermöglichen die Nachnutzung wissenschaftlicher Daten gemäß des FAIR Paradigmas (Findable, Accessible, Interoperable, Re-usable) als Beitrag zu Open Science.

## **Wissens- und Technologietransfer**

Fundierte Beratung ist einer der Aufträge an die Arbeit des DIW. Das Institut erforscht wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zusammenhänge und berät auf Grundlage seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse Politik und Gesellschaft. Dabei sucht das Institut systematisch die Anschlussfähigkeit seiner Themen für zukünftige Frage- und Problemstellungen – auch aus europäischer und darüber hinaus internationaler Perspektive.

Konkret beteiligt sich das DIW auf verschiedenen Kanälen an verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten und bringt seine Expertise ein: Mit der hauseigenen Publikationen „DIW Wochenbericht“ verfügt das DIW über eine traditionsreiche wöchentliche Plattform, die reichweitenstark und hervorragend etabliert ist. Hierbei ist es dem Institut besonders wichtig, die WissenschaftlerInnen möglichst breit zu präsentieren und gerade auch den wissenschaftlichen Nachwuchs frühzeitig zu Teilnahme an der öffentlichen Debatte zu ermutigen und aktiv einzubinden. Auch in den sozialen Medien ist das DIW als Institution und durch zahlreiche WissenschaftlerInnen aktiv und thematisch vielfältig und reichweitenstark rezipiert.

Mit Mitgliedschaften in hochrangigen Kommissionen und institutionellen Beratungsgremien, bei Anhörungen und angefragten Informationsgesprächen leisten DIW-WissenschaftlerInnen einen Beitrag zum Wissenstransfer in den Wirtschaftswissenschaften. Die forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung SOEP und das DIW Graduate Center sind weitere wichtige Transferkanäle.

Diese etablierten Kanäle und Format sollen auch für das Erweiterungsvorhaben genutzt werden und so Forschungsergebnissen zur gesamtwirtschaftlichen Rolle von Finanzmärkten und -institutionen in die Öffentlichkeit und den politischen Raum getragen werden.

## **Drittmittel**

Das DIW strebt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Zuwendungen und Erträgen aus Projektmitteln an. Die öffentlichen Zuwendungen, die das DIW von der Ländergemeinschaft und vom Bund erhält, machen gut zwei Drittel des Institutshaushalts aus. Drittmittelprojekte sollen dem

Auftrag des Instituts entsprechen, wirtschaftliche Vorgänge des In- und Auslandes zu beobachten und zu erforschen und wissenschaftliche Beiträge zu leisten zur wirtschaftspolitischen Diskussion und Beratung in wirtschaftlichen Fragestellungen, zur Weiterbildung sowie zur Wissensvermittlung in der interessierten Öffentlichkeit. Damit verbunden ist immer die größtmögliche Transparenz aller Projektergebnisse für die Öffentlichkeit.

Die Drittmittelstrategien der einzelnen Abteilungen werden in den Programmbudgets detailliert für die jeweiligen Jahre dargestellt (vgl. Abschnitt 2.1.1 Strategische Arbeitsplanung).

Tabelle 2: Zehn ausgewählte wesentliche Drittmittelprojekte der Jahre 2014-2016

Drittmittelgeber	Projektleiter/in	Förder-summe in T€	Laufzeit	Projekttitle	Ko-Leiter/in (Institution)
BMBF	Haan, Peter	248	03/2016-02/2019	Politikmaßnahmen für ein längeres Erwerbsleben vor dem Hintergrund der Gesundheits- und Pflegeverantwortung	
BMW	Neuhoff, Karsten	600	10/2015-09/2018	Sektorkopplung und Europäische Integration für Entwicklungspfade des Energiesystems	
DFG/ORA	Haan, Peter	191	09/2012-08/2015	The Impact of Social Security Contributions on Earnings: Evidence using administrative data in France, Germany, the Netherlands and the UK	
DFG	Bernoeth, Kerstin	184	10/2013-11/2017	Fundamentale makroökonomische Bestimmungsfaktoren von Aktienpreisen: Zustandsabhängigkeiten und Implikationen für die Geldpolitik	
DFG	Bremus, Franziska	20	07/2015-06/2019	Interaktionen zwischen bankspezifischem Risiko und makroökonomischer Stabilität	Felix Noth, IWH
EU-Kommission	Duso, Tomaso	280	10/2015-01/2017	Economic impact of competition policy enforcement on the functioning of telecoms markets in the EU	
EU-Parlament	Bernoeth, Kerstin / Ribakoff, Tatjana	35	04/2015-03/2020	The Provision of External Expertise in the Field of Monetary and Financial Affairs (Monetary Expert Panel)	Hertie, Queen Mary U of London
EIB	Neuhoff, Karsten	30	04/2015-04/2017	Policies to finance energy efficiency	LSE
Hans Böckler Stiftung	Geyer, Johannes	232	03/2015-12/2018	Verhaltens- und Verteilungswirkungen von Rentenreformen	Peter Haan
Leibniz-Gemeinschaft	Duso, Tomaso	630	06/2015-12/2019	Leibniz WissenschaftsCampus Berlin Centre for Consumer Policies	

## 1.6 Bedeutung für strategische Ziele der Leibniz-Gemeinschaft

### 1.6.1 Internationalisierung

Europäisierung und Globalisierung verflechten deutsche Wirtschaft und Gesellschaft mit internationalen Partnern – daher spiegeln Forschung, Beratung, Infrastruktur und Personalpolitik des DIW verstärkt internationale Perspektiven wider. So ist das Institut seit einiger Zeit verstärkt auf dem internationalen Jobmarkt aktiv und rekrutiert im Rahmen des Postdoc-Programm BERA gemeinsam mit den Berliner Hochschulakteuren.

Die Vernetzung des Hauses inner- und außerhalb Berlins, national und international, disziplinär und interdisziplinär sowie mit Universitäten, anderen Leibniz-Einrichtungen und weiteren außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird weiter vorangetrieben (vgl. Abschnitt 1.2). Das DIW misst sich an internationalen wissenschaftlichen Standards und integriert diese in seine Arbeit und wissenschaftliche Qualitätssicherung. Die Vielzahl von insbesondere projektbasierten Kooperationen mit ausländischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen ist von großer Bedeutung für die Arbeit des Instituts. Die meisten kooperierenden Einrichtungen befinden sich in Europa, gefolgt von den USA.

Zusätzlich zu institutionellen und projektbezogenen Kooperationen sind die Forschungsabteilungen des DIW und das SOEP in entsprechende fachspezifische Netzwerke eingebunden – Kooperationen, die besonders bei der Entwicklung von nationalen und internationalen Standards für Panel-Befragungen oder im Rahmen von EU-Forschungsprojekten von großer Bedeutung sind (vgl. Abschnitt 1.2).

Im Jahr 2016 waren am DIW 22 internationale WissenschaftlerInnen, 12 internationale StipendiatInnen sowie 28 internationale GastwissenschaftlerInnen tätig. Im Rahmen des Erweiterungsvorhabens ist die Gewinnung von internationalen WissenschaftlerInnen ein wichtiges Ziel wie auch die weitere Vernetzung mit internationalen Kooperationspartnern.

### **1.6.2 Kooperationen mit den Hochschulen**

Das DIW ist in die Hochschullandschaft Berlin-Brandenburg eingebettet. Es unterhält enge Kooperationen mit den Berliner Universitäten, sowie mit der Universität Potsdam und mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Auch die Hertie School of Governance, die European School of Management and Technology (ESMT Berlin) und die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin sind Kooperationspartner des DIW.

Die Zusammenarbeit findet dabei in allen Bereichen von Forschung, Lehre, Beratung und Infrastruktur statt: so hat das DIW nahezu alle wissenschaftlichen Abteilungsleitungen und einige weitere Stellen in gemeinsamen Berufungen mit Berliner Universitäten oder der Universität Potsdam berufen. Über diese 13 S-Professuren hinaus gibt es weitere MitarbeiterInnen des DIW, die zugleich an Berliner Universitäten beschäftigt sind und das Netzwerk der Kooperationen stärken. Auch bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses kooperiert das DIW mit den Hochschulen eng und umfassend (vgl. Abschnitt 1.6.3)

### **1.6.3 Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler**

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nimmt einen zentralen Stellenwert in der Arbeit des Institutes ein. Das DIW Graduate Center (GC) organisiert seit 2006 ein strukturiertes Promotionsprogramm, seit 2011 in enger Zusammenarbeit mit dem Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science (BDPEMS), das von den Berliner Universitäten organisiert wird. Das Promotionsprogramm des GC folgt den internationalen Standards der PhD-Programme in Economics, hat allerdings einen besonderen Schwerpunkt in der politiknahen Ausbildung durch die Einbindung der Promovierenden in die Forschungsabteilungen. Diese erhalten dadurch eine hervorragende Vorbereitung für eine breite Vielfalt von Karrierewegen sowohl in der akademischen Welt als auch in der forschungsbasierten Politikberatung.

Die Postdoc-Phase wird am DIW in der Regel auf sechs Jahre taxiert. Nach Möglichkeit wird auch die durch das WissZeitVG mögliche Höchstdauer für Qualifizierungsverträge angesetzt. Das DIW

hat zudem gemeinsame Berufungen zu S-Juniorprofessuren, die in Zukunft mit Hilfe des Erweiterungsantrages gestärkt werden sollen, bspw. durch die Einrichtung von Tenure-Track-Stellen.

Die Leitlinien der Leibniz-Gemeinschaft für die Arbeitsbedingungen und die Karriereförderung promovierender und promovierter WissenschaftlerInnen waren ein wichtiger Orientierungspunkt in der Entwicklung des Postdoc-Programms „Berlin Economics Research Associates“ (BERA). Das Förderprogramm für promovierte WirtschaftswissenschaftlerInnen wurde Anfang 2016 von sieben Universitäten und Forschungseinrichtungen in Berlin ins Leben gerufen und wird vom DIW koordiniert. Durch gezielte Maßnahmen soll erstklassiger Nachwuchs für die beteiligten Institutionen gewonnen und mit umfassenden Angeboten in dieser wichtigen Karrierephase begleitet und gefördert werden.

Das Erweiterungsvorhaben kann im Rahmen des Netzwerks einen Beitrag zur Nachwuchsförderung leisten: Dies gelingt insbesondere durch die gegenseitige Öffnung von Kursen, die gemeinsame Betreuung von DoktorandInnen, die Erweiterung des MentorInnenkreis sowie die gegenseitige Unterstützung bei der Organisation von Gastaufenthalten für Promovierende bei Regierungsinstitutionen, Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und Universitäten im In- und Ausland.

Tabelle 3: Betreute und abgeschlossene Qualifikationsverfahren der Jahre 2014-2016

		2014	2015	2016
<b>Promotionen</b> <sup>3</sup>	betreute	60	93	114
	abgeschlossene	22	21	44
<b>Habilitationen</b>	betreute	0	0	0
	abgeschlossene	0	0	0
<b>Juniorprofessuren</b>	positiv evaluiert	3	2	2

#### 1.6.4 Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das DIW setzt sich für die berufliche Chancengleichheit seiner Mitarbeitenden unabhängig von Geschlecht oder anderen potentiellen Diskriminierungsmerkmalen ein und wirkt Benachteiligungen aktiv entgegen. Dabei ist insbesondere die Herstellung von Chancengleichheit bei der Gewinnung und Förderung von Personen aller Geschlechter am DIW ein institutionelles Ziel, an dessen Erreichung fortlaufend gearbeitet wird. Strukturellen Benachteiligungen von unterrepräsentierten Geschlechtern wird entgegen gewirkt.

Langfristiges Ziel ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von Männern und Frauen auf allen Ebenen innerhalb des Instituts, insbesondere bei Postdocs und auf den Führungspositionen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich. Dieses Ziel soll sobald wie möglich, spätestens aber 2025, erreicht sein. Folgende Maßnahmen wurden bzw. werden in der kommenden Zeit zur Förderung von Gleichstellung ergriffen:

Thematisierung von Gleichstellungsaspekten in Sitzungen (Vorstand, Betriebsrat, Gleichstellungsbeauftragte, Betriebsversammlungen); Betriebsvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen; Leitbild Gender Policy und Chancengleichheit sowie Frauenförderplan inkl.

<sup>3</sup> Die Schwankungen ergeben sich aus einer zwischenzeitlich veränderten Auszählmethodik, bspw. ob Betreuungen im Rahmen des DIW Graduate Center oder Zweitbegutachtungen mitgezählt wurden.

Frauenförderfonds; Entwicklung und Umsetzung von Leitfäden für gendergerechte Sprache (für Institutsveröffentlichungen verpflichtend) und Work-Life-Balance; Etablierung eines Arbeitskreises Gleichstellung (AKGlei) von Gleichstellungsbeauftragter (Leitung), aller Leitungsebenen und Beschäftigtengruppen; Regelmäßiges Netzwerktreffen „DIWWomen“ mit externen Sprecherinnen.

Zudem fördert das DIW die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schafft Voraussetzungen für eine ausgewogene Work-Life-Balance. Das Institut ist seit 2011 im Rahmen des audit berufundfamilie zertifiziert und wurde seither zweimal re-auditiert, zuletzt im Herbst 2017.

### **1.6.5 Open Access**

Als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft bekennt sich das DIW zu den Prinzipien der guten wissenschaftlichen Praxis und unterstützt die Forderung nach einem möglichst freien Zugang zu qualitätsgeprüften Forschungsdaten aus öffentlich finanzierter Forschung. Dabei orientiert sich das DIW an den FAIR-Prinzipien (Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Interoperabilität und Wiederverwendbarkeit von Forschungsdaten über Länder- und Disziplinengrenzen). Das Institut hat bereits im Dezember 2015 eine Open Access Policy eingeführt.

## **2. Institutionelle Passfähigkeit**

### **2.1 Governance**

#### **2.1.1 Organisation und Rechtsform**

##### **Management und Geschäftsverteilung**

Der Vorstand ist das oberste Managementgremium des DIW. Er besteht aus der/m Vorsitzenden (Präsident), einem zweiten wissenschaftlichen Vorstandsmitglied und der/m GeschäftsführerIn. Den Vorstandsmitgliedern (i.S. des § 26 BGB) obliegt insbesondere die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins. Jedes Vorstandsmitglied vertritt das Institut nach außen allein. Die/er PräsidentIn ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig. Ihr/m obliegen die Leitung und Wahrnehmung der SprecherInnenfunktion für das Institut. Das zweite wissenschaftliche Vorstandsmitglied wird vom Kuratorium aus der Leitung des SOEP bestellt. Die Geschäftsführung ist für die kaufmännischen, rechtlichen und administrativen Aufgaben zuständig.

Der Vorstand berichtet der Mitgliederversammlung und dem Kuratorium über den Gang der Geschäfte und die Lage des Vereins.

Das DIW ist wissenschaftlich und rechtlich selbstständig, führt seine Haushalts- und Wirtschaftsführung eigenständig durch und verfügt über Personalhoheit.

##### **Strategische Arbeitsplanung**

Die strategische Arbeitsplanung des DIW erfolgt im Rahmen jährlicher Programmbudgets, die mit den Zuwendungsgebern besprochen und in den Sitzungen des Kuratoriums und der Mitgliederversammlung für das jeweils übernächste Jahr beraten und gebilligt werden.

Der Vorstand des Instituts ist für die inhaltliche Planung und Ausrichtung des gesamten Instituts zuständig. Zur Vorbereitung der zukünftigen Forschungsschwerpunkte organisiert der Vorstand einmal im Jahr einen ganztägigen Strategieworkshop mit den Abteilungsleitungen. Aus einem solchen Diskussionsprozess ist im Jahr 2015 die Strategie DIW\_2020 hervorgegangen; im Hinblick

auf die Evaluierung des DIW im Jahr 2019 ist eine Aktualisierung geplant. Die inhaltliche Ausrichtung des Instituts erfolgt auch mit externen PartnerInnen, vor allem im Rahmen der Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats und des Kuratoriums (vgl. auch Abschnitt 2.1.2).

### **Rechtsform**

Das DIW ist ein eingetragener Verein und dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

#### **2.1.2 Gremien**

Das Kuratorium des DIW besteht aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung. Gegenüber dem Vorstand nimmt das Kuratorium Aufsichts- und Beratungsfunktionen wahr. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und die Bestellung von wissenschaftlichen Abteilungsleitungen, Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats und des SOEP Survey-Rats.

Die Mitgliederversammlung ist das höchste Beschlussorgan des DIW. Die Mitglieder unterstützen den Vereinszweck durch ihre Tätigkeit innerhalb und außerhalb des Vereins. Ständige Mitglieder sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin. Sie fördern das Institut auf der Grundlage von Artikel 91b des Grundgesetzes und nach Maßgabe des GWK-Abkommens. In diesem Rahmen erhält das Institut Zuwendungen von Bund und Ländern.

Die Gesamtleitung des DIW obliegt dem Vorstand, der wichtige Vorhaben einmal pro Monat mit dem Geschäftsführenden Ausschuss, einem beratenden Gremium bestehend aus den Abteilungsleitungen und dem Vorstand, diskutiert.

Der Wissenschaftliche Beirat des DIW besteht aus zwölf international angesehenen aktiven WissenschaftlerInnen. Er berät das Institut in wissenschaftlichen Fragen, bewertet die Forschungsarbeit und berichtet dem das Institut beaufsichtigenden Kuratorium. Der Wissenschaftliche Beirat ist auch an Berufungs- und berufungsähnlichen Auswahlverfahren beteiligt.

Der Survey-Rat für das SOEP berät die Leitung der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung SOEP zu Stichprobenerhebungen und zum NutzerInnenservice. Er ist mit bis zu neun WissenschaftlerInnen besetzt, die vom Kuratorium des DIW berufen werden.

## **2.2 Ausstattung und Personal**

### **2.2.1 Ausstattung**

#### **Finanzielle Ausstattung**

Die Erträge des DIW einschließlich des SOEP beliefen sich 2014 auf 29,45 Millionen Euro, im Jahr 2015 auf 31,86 Millionen Euro und zuletzt 2016 auf 34,83 Millionen Euro. Die Drittmittelerträge beliefen sich 2014 auf 6,6, 2015 auf 7,44 und 2016 auf 9,78 Millionen Euro. Die Aufwendungen des DIW entfielen 2016 zu 43,1 % (14,88 Millionen Euro) auf Personal sowie zu 41 % (14,15 Millionen Euro) auf Sachmittel, wobei die prozentualen Aufwendungen im Vergleich zu 2014 und 2015 leicht zurückgingen, die absoluten Aufwendungen jedoch leicht stiegen.

Für das Erweiterungsvorhaben ist der folgende Mittelbedarf vorgesehen: im ersten Jahr des Sondertatbestands belaufen sich die Aufwendungen auf 1.698,8 T€, im Endausbau der Überführung in den Kernhaushalt auf 1.699T€. Dies sind 1.070 T€ für Personalkosten: 1) 630 T€ für den Auf-

bau der neuen Abteilung „Macro Finance“ (1 Abteilungsleitung, 6 zusätzliche WissenschaftlerInnen) und 2) 440 T€ für den zusätzlichen Personalbedarf im Themenfeld „Consumer Finance“: angestrebt werden hier je eine S-Professur in den drei Bereichen Household Finance, Green Finance und Digitalisierung sowie 1 zusätzliche/r WissenschaftlerIn für Digitalisierung und Forschungsdatenmanagement<sup>4</sup>. Weiterhin schlüsseln sich 628,8 T€ für Nachwuchsförderung, Sachkosten wie bspw. Vernetzungsaktivitäten und Datenlizenzen sowie Investitionen in Forschungsinfrastruktur auf.

Der Eigenanteil beträgt im Endausbau 352,8 T€ und wird im wissenschaftlichen Bereich durch Zuordnung von zwei Postdocs aus der Abteilung Makroökonomie zur neuen Abteilung Macro Finance erbracht, sowie von je einer/m Postdoc aus dem Cluster Industrieökonomie und der Abteilung Staat zum Themenfeld Consumer Finance. Weiterhin wird im Bereich des Wissenschaftsmanagements je eine 50%-Stelle einer Teamassistentin und Projektkoordination bereitgestellt.

Tabelle 4: Aufwendungen für das Erweiterungsvorhaben

Jahr	Eigenanteil des DIW in T€ (iHv 3% des Kernhaushalts)	Zusätzlicher Mittelbedarf / Sondertatbestand in T€	Gesamt in T€
2020	353	1.647	2.000
2021 <sup>5</sup>	353	1.699	2.052
2022	353	Überführung in den Kernhaushalt	

Dieses vorgesehene finanzielle Volumen ist, Tarifsteigerungen berücksichtigende Entwicklungen des Kernhaushalts vorausgesetzt, auch für die mittelfristige Entwicklung des Erweiterungsvorhabens angemessen.

Tabelle 5: Erträge der Jahre 2014 – 2016

Erträge		2014		2015		2016	
		T€	% <sup>6</sup>	T€	%	T€	%
<b>Erträge insgesamt (I. + II. + III.)</b>		<b>29.453</b>	<b>100,0</b>	<b>31.860</b>	<b>100,0</b>	<b>34.829</b>	<b>100,0</b>
I.	Erträge (I.1. + I.2. + I.3.), davon	26.438	89,8	27.925	87,6	30.387	87,2
1.	Institutionelle Förderung insgesamt (1.1. + 1.2) <sup>7</sup> , davon	19.246	65,3	19.886	62,4	20.007	57,4
	1.1. Bund	10.997	37,3	11.374	35,7	11.738	33,7
	1.2. Länder <sup>8</sup>	8.249	28,0	8.512	26,7	8.269	23,7
2.	Zuwendungen aus Projektfinanzierung (Drittmittel) insgesamt (2.1. + 2.2. + 2.3 + 2.4 + 2.5), davon:	6.588	22,4	7.437	23,3	9.781	28,1
	2.1 DFG	420	1,4	870	2,7	514	1,5
	2.2 Bund	3.438	11,7	3.312	10,4	5.616	16,1
	2.3 Länder <sup>4</sup>	33	0,1	72	0,2	16	0,1

<sup>4</sup> Vgl. *Abbildung 1* im Antrag des Landes Berlin für einen Sondertatbestand für das DIW Berlin (1.9.2017): Organisatorisch sind die zusätzlichen ForscherInnen des abteilungsübergreifenden Themenfeldes „Consumer Finance“ in den jeweiligen Abteilungen (Staat, Klimapolitik, Unternehmen und Märkte) angesiedelt.

<sup>5</sup> Nach dem Auslaufen des geltenden Pakts für Forschung und Innovation 2020 wurde keine Steigerung des Kernhaushalts veranschlagt.

<sup>6</sup> Alle %-Angaben beziehen sich auf Erträge bzw. Aufwendungen insgesamt.

<sup>7</sup> Inkl. SOEP-Haushalt.

<sup>8</sup> Gemäß Feststellungsbeschluss der GWK.

Erträge		2014		2015		2016	
		T€	% <sup>6</sup>	T€	%	T€	%
	2.4 EU	538	1,8	815	2,6	643	1,8
	2.5 Sonstige	2.159	7,4	2.368	7,4	2.992	8,6
3.	Erträge aus Leistungen insgesamt (3.1 + 3.2 + 3.3 + 3.4 + 3.5), davon:	604	2,1	602	1,9	599	1,7
	3.1 Erträge aus Auftragsarbeiten	515	1,8	515	1,6	515	1,5
	3.2 Erträge aus Publikationen	89	0,3	87	0,3	84	0,2
	3.3 Erträge aus der Verwertung geistigen Eigentums, für das die Einrichtung ein gewerbliches Schutzrecht hält (Patente, Gebrauchsmuster etc.)	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	3.4 Erträge aus der Verwertung geistigen Eigentums ohne gewerbliches Schutzrecht	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	3.5 ggf. Erträge für weitere spezifisch zu benennende Leistungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
II.	Sonstige Erträge (z. B. Mitgliedsbeiträge, Spenden, Mieten, Rücklage-Entnahmen)	3.015	10,2	3.935	12,4	4.442	12,8
III.	Erträge aus Baumaßnahmen (institutionelle Förderung Bund und Länder, EU-Strukturfonds etc.)	0	0,0	0	0,0	0	0,0

Tabelle 6: Aufwendungen der Jahre 2014 – 2016

Aufwendungen		2014		2015		2016	
		T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aufwendungen insgesamt (I. + II. + III. + IV. + V. + VI.), davon</b>		<b>29.120</b>	<b>100,0</b>	<b>31.520</b>	<b>100,0</b>	<b>34.490</b>	<b>100,0</b>
I.	Personal	13.530	46,5	14.170	45,0	14.880	43,1
II.	Materialaufwand, davon:	11.890	40,8	12.670	40,2	14.150	41,0
	Anmeldung gewerblicher Schutzrechte (Patente, Gebrauchsmuster etc.)	0	0,0	0	0,0	0	0,0
III.	Geräteinvestitionen	180	0,6	190	0,6	170	0,5
IV.	Baumaßnahmen, Grundstückserwerb	0	0,0	0	0,0	0	0,0
V.	Sonstige betriebliche Aufwendungen (ggf. zu spezifizieren): Mitgliedsbeiträge	100	0,3	550	1,7	700	2,0
VI.	Sonstiges	3.420	11,7	3.940	12,5	4.590	13,3

Laut der mittelfristigen Budgetplanung im Programmbudget 2019 mit Stand vom 27.10.2017 geht das DIW für 2020 von einem Kernhaushalt von 11.762 T€ zzgl. 356 T€ allgemeine Wettbewerbsabgabe für das DIW ohne SOEP aus.

## **Räumliche und sächliche Ausstattung**

Für das Erweiterungsvorhaben notwendige räumliche und sächliche Ausstattung beschränkt sich auf die Einrichtung von Arbeitsplätzen für die zusätzlichen MitarbeiterInnen (Computerarbeitsplätze, Telefone, ggf. anfallende Miete für zusätzliche Räume), mögliche anfallende Sachkosten insbesondere für die Beschaffung von Literatur und Lizenzen sowie Reise- und Projektkosten.

Zur Umsetzung des Ausbaus der Forschungsinfrastruktur für das Forschungsdatenmanagement im Forschungsfeld Finanzmarktforschung (vgl. Abschnitt 1.5) sind Beschaffungen zur Umsetzung von Referenzarchitekturen für Software-Services und zur Referenzimplementierungen von Infrastrukturdiensten vorgesehen.

### **2.2.2 Personal**

#### **Personalentwicklung**

Im August 2013 hat das DIW erstmals für alle Beschäftigten ein Rahmenkonzept zur Personalentwicklung verabschiedet. Darin sind als Handlungsfelder die Personalgewinnung, Führung und Zusammenarbeit, die berufliche Qualifizierung und Entwicklung, Integration und Beschäftigung in besonderen Fällen sowie Gleichstellung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen festgehalten. Folgende Maßnahmen bestehen, von denen auch das Erweiterungsvorhaben profitieren wird (vgl. außerdem Abschnitte 1.6.3 sowie 1.6.4): Systematisierung von Ausschreibungskanälen; Einführungsveranstaltungen für neue MitarbeiterInnen; Willkommensbroschüre (deutsch/englisch); Betriebsvereinbarung MitarbeiterInnengespräche; Coachingmaßnahmen für Führungskräfte; Verfahren und Grundsätze für die Entfristung von Arbeitsverträgen; Zielgruppenspezifische interne Qualifizierungsmaßnahmen, u.a. Medien- und Präsentationstraining für WissenschaftlerInnen, Seminare für Teamassistenten, Sprachkurse (deutsch/englisch), Bewerbungstraining für Promovierende, spezifische Seminare für Frauen; Finanzierung von und bezahlte Freistellung für Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern; Betriebsvereinbarung über das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) und Bestellung einer/s BEM-Beauftragten; Betriebsvereinbarung zur Förderung der Gleichstellung von Frauen; Frauenförderplan inkl. Frauenförderfonds.

#### **Stellenbesetzungen**

Zu besetzende Stellen im Institut, unabhängig davon, ob es sich um wissenschaftliche oder wissenschaftsunterstützende Positionen handelt, werden grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben. Die Stellenausschreibung erfolgt geschlechtsneutral. Stellenausschreibungen müssen bei der Abteilung Recht und Personal beantragt und vom Vorstand genehmigt werden. Sie werden auf der Homepage des Instituts und je nach Stelle auf entsprechenden Internetportalen veröffentlicht (u.a. Leibniz-Stellenportal, Interamt, Stepstone, Verein für Socialpolitik, Inomics).

Im Bedarfsfall, insbesondere bei der Besetzung von wissenschaftlichen Leitungspositionen, werden qualifizierte Frauen gezielt und nachdrücklich auf eine Bewerbung angesprochen. Zur Förderung des eigenen weiblichen Talentpools im Haus kann im Rahmen einer Personal- und Karriereentwicklung auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet, zur Wahrung der Chancengleichheit gleichzeitig eine interne Ausschreibung verlangt werden (vgl. Abschnitt 1.6.4).

Die Auswahl der BewerberInnen erfolgt in der Regel in einem strukturierten Verfahren unter Beteiligung des Betriebsrats und der Gleichstellungsbeauftragte. Insbesondere im wissenschaftlichen Bereich kann ein wissenschaftlicher Vortrag bzw. Präsentation Teil des Gespräches sein. Die

Auswahl erfolgt nach fachlicher und persönlicher Eignung. Bei gleicher Eignung werden Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bevorzugt.

### Personalausstattung und -Struktur

Zum Jahresende 2016 verfügte das DIW über rund 97 Vollzeitäquivalente im wissenschaftlichen Bereich sowie gut 51 Vollzeitäquivalente im Service- und Administrationsbereich. Hinzu kamen DoktorandInnen, Auszubildende und Studentische Hilfskräfte.

Im Rahmen des angestrebten Erweiterungsvorhabens sollen Stellen in Höhe von 11 zusätzlichen Vollzeitäquivalenten geschaffen werden; davon eine Abteilungsleitung (Anbindung an eine Hochschule als gemeinsame Berufung geplant), drei S-Professuren und sieben reguläre Forschungsstellen (Postdocs). Hinzu kommen ein zusätzliches Promotionsstipendium und administrative Unterstützung.

Das Institut verfügt nur im außertariflichen Bereich über einen Stellenplan.

Tabelle 7: Personal zum 31. Dezember 2016

	Vollzeitäquivalente		Personen		Frauen	
	insgesamt	davon dritt- mittelfinanz- ziert	insgesamt	davon befristet	insgesamt	davon befristet
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt<sup>9</sup></b>	187,2	24,4	239	48,9	118	39,8
<b>Forschung und wissenschaftliche Dienstleistungen insgesamt, davon:</b>	<b>97,2</b>	<b>41,1</b>	<b>135</b>	<b>73,3</b>	<b>51</b>	<b>78,4</b>
Professuren/Direkt. (C4, W3 u.ä.)	9,7	0,0	10	40,0	2	50,0
Professuren/Direkt. (C3, W2, A16 u.ä.)	1,9	0,0	2	0,0	0	0,0
Wissenschaftler/innen mit Leitungsaufgaben (A15, A16, E15 u.ä.)	10,8	27,8	12	8,3	4	0,0
Nachwuchsgruppenleitungen/Juniorprofessuren/Habilitierende (C1, W1, A14, E14 u. ä.)	1,0	0,0	1	0,0	0	0,0
Wissenschaftler/innen ohne Leitungsaufgaben (A13, A14, E13, E14 u. ä.)	51,4	44,7	62	74,2	22	72,7
Promovierende (A13, E13 u. ä.)	22,4	62,2	48	100,0	23	100,0
<b>Servicebereiche insgesamt, davon:</b>	<b>14,6</b>	<b>5,1</b>	<b>16</b>	<b>6,3</b>	<b>6</b>	<b>0</b>
Bibliothek (E9 bis E12, gehobener Dienst)	3,5	0,0	4	0,0	4	0,0

<sup>9</sup> Ohne Studentische Hilfskräfte, Auszubildende, Stipendiat/innen

	Vollzeitäquivalente		Personen		Frauen	
	insgesamt	davon dritt- mittelfinanziert	insgesamt	davon befristet	insgesamt	davon befristet
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Informationstechnik - IT (E9 bis E12, gehobener Dienst)	8,3	9,0	9	11,1	1	0,0
Technik (Großgeräte, Ser- vice) (E5 bis E8, mittlerer Dienst)	2,77	0,0	3	0,0	1	0,0
<b>Administration insgesamt, davon:</b>	<b>36,9</b>	<b>0,0</b>	<b>41</b>	<b>9,8</b>	<b>24</b>	<b>4,2</b>
Verwaltungsleitung	0,8	0,0	1	0,0	0	0,0
Innere Verwaltung (Haus- halt, Personal u. ä.; ab E13, höherer Dienst)	13,4	0,0	15	26,7	7	14,3
Innere Verwaltung (Haus- halt, Personal u. ä.; E9 bis E12, gehobener Dienst)	20,7	0,0	23	0,0	16	0,0
Hausdienste (E1 bis E4, ein- facher Dienst)	2	0,0	2	0,0	1	0,0
<b>Studentische Hilfskräfte</b>	<b>26,7</b>	<b>45,2</b>	<b>84</b>		<b>39</b>	
<b>Auszubildende</b>	<b>8,0</b>	<b>0,0</b>	<b>8</b>		<b>6</b>	
<b>Stipendiat/innen an der Einrichtung insgesamt, da- von:</b>	<b>10,5</b>	<b>0,0</b>	<b>21</b>		<b>12</b>	
Promovierende	10,5	0,0	21		12	
Postdoktorand/innen	0	0,0	0		0	

### 2.3 Qualitätssichernde Maßnahmen

Das DIW lebt das Selbstverständnis als exzellentes Forschungsinstitut sowohl in der wissenschaftlichen Qualität als auch im Wissenschaftsmanagement und in dem Streben ein hervorragendes Umfeld für alle seine MitarbeiterInnen zu schaffen und stetig weiterzuentwickeln.

#### Interne Qualitätssicherung

In der internen Qualitätssicherung hat das Institut im wissenschaftlichen Bereich mit einer Aufstellung von Entfristungskriterien, die eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für eine mögliche entfristete Anstellung am DIW sind, eine Grundlage für Monitoring und Evaluation der Institutsarbeit gegeben. Demnach werden die wissenschaftlichen Publikationen nach einem institutseigenen Ranking auf der Basis des Handelsblatt-Rankings und des Article Influence

Scores eingeordnet. Ebenso wichtig sind Zielvorgaben für die Beteiligung an den Institutsaktivitäten zum Wissenstransfer.

Neben diesen Kennzahlen sind kontinuierliche Managementprozesse etabliert, um sich gemeinsam über die Entwicklung im Haus auszutauschen. So gibt es mit den Abteilungsleitungen jährliche Gespräche, regelmäßige Abteilungsbesuche des Vorstands sowie Budgetplanungsgespräche.

Das DIW hat darüber hinaus zwei Ombudspersonen, die als erste Ansprechpersonen für Fragen der wissenschaftlichen Qualität und Praxis fungieren. Auch die Gleichstellungsbeauftragte nimmt eine Funktion als vertrauliche Ansprechpartnerin ein. Zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Kompetenzen und Fertigkeiten der MitarbeiterInnen und ForscherInnen bietet das Institut interne und externe Fortbildungen und Sprachkurse an (vgl. Abschnitt 1.6.3 Nachwuchs und 2.2.2 Personal).

### **Externe Qualitätssicherung**

Extern wird das Institut in der kontinuierlichen Qualitätssicherung durch den Wissenschaftlichen Beirat unterstützt, der mindestens einmal im Jahr tagt, das Institut in wissenschaftlichen Fragen berät und die Forschungsarbeit bewertet. So hat der Beirat im Jahr 2016 einen Audit der Institutsarbeit durchgeführt, dabei den Fortschritt im Hinblick auf die letzte Evaluierungsempfehlungen von 2013 durch die Leibniz-Gemeinschaft begutachtet und Maße für die Zeit bis zur nächsten turnusmäßigen Evaluierung 2019 aufgestellt. Darüber hinaus ist der Beirat auch an Berufungs- und berufungsähnlichen Auswahlverfahren beteiligt. Analog dazu gibt es für das SOEP den Survey Rat. Für das das Erweiterungsvorhaben begleitende Netzwerk entwickelt und koordiniert ein Strategiekomitee das Arbeitsprogramm, unter Einbindung der Wissenschaftlichen Beiräte der beteiligten Institute.

Im Rahmen der Erstellung des Programmbudgets nehmen auch das Kuratorium und die Mitgliederversammlung eine wichtige Beratungsfunktion wahr. Auch im Rahmen der Leibniz-Gremien und -Arbeitskreise beteiligt sich das DIW kontinuierlich am Austausch zu Fragen der Qualitätssicherung.



**Serviceabteilungen**



**Vorstand**



**Gremien**



**Freundeskreis**



**Consulting**





**Serviceabteilungen**



**Vorstand**



**Gremien**



**Freundeskreis**



**Consulting**

